

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 18. November 2013**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

30. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr

Ende der Sitzung: 19.50 Uhr

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Klaus Hoflehner

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Mag. Bernhard Humer

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herdt

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.AR. Inge Maderthaler
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Stefan Ganzert (SPÖ)
GR. Werner Forstinger (SPÖ)
GR. LAbg. Dr. Peter Csar (ÖVP)
GR. Dipl.-Ing. Renate Leitinger (GRÜNE)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 11.11.2013 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Autobahnanschlussstelle A 8, Wels-Wimpassing; Gespräch mit Anrainergruppe:

Bgm. Dr. Koits: In diesem Zusammenhang fand bereits ein Gespräch mit den zuständigen Referenten, Vizebürgermeister Lehner und StR. Kroiß, mit einer Anrainergruppe Wimpassing statt, dessen Ergebnis ich ihnen mitteilen möchte. Am 31.10.2013 wurden mir entsprechende Einwendungen über den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 300 im Amtsblatt Nr. 8 vom 17.10.2013 übergeben.

Am 04.11.2013 war das Gesprächsforum für die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Bürgerinitiative. Dabei wurden Statements seitens der Politik durch Herrn Stadtbaudirektor und durch den Vertreter des Verkehrsplanungsbüros aus Graz und der ASFINAG abgegeben. Weiters folgten Ausführungen der Vertreter der Anrainergruppe aus Wimpassing. Es wird nun gemeinsam versucht eine Lösung zu finden, die den Interessen beider Teile entgegenkommt. Mittlerweile gab es weitere Arbeitsschritte. Am 06.11. führte der Herr Baudirektor ein Gespräch mit einem Vertreter des zuständigen Ministeriums, der ASFINAG und den Fachplanern des Magistrates.

Am 08.11.2013 gab es eine Koordinationsbesprechung in der Baudirektion und dem Planungsbüro Samek betreffend Abfahrtsplanung - Prüfung der Variantenstudie. Als Termin mit endgültigem Inhalt wurde Mittwoch, 20.11.2013, festgelegt. Zwischen 04.11. und 15.11. gab es drei Kontakte mit dem Anrainersprecher, Herrn Mag. Plank, und Herrn Baudirektor. Am 20.11.2013 erfolgt eine Koordinationsbesprechung der Projektleitung der ASFINAG und der Stadt Wels mit den Detailplanern zwecks erster Prüfung einer Alternativvariante in der ASFINAG in Ansfelden. Es wurden eine Reihe von Gesprächen und reger Gedankenaustausch geführt, um eine vernünftige Lösung zu finden. Nach diesen Besprechungsergebnissen werden die nächsten Schritte gesetzt. Wir hoffen, dass wir gemeinsam eine vernünftige Lösung für alle Beteiligten finden.

Meine persönliche Meinung ist, dass wir in der Stadt Arbeitsplätze benötigen. Das wiederum fällt in den Arbeitsbereich der Politik, denn das sind wir den Bürgerinnen

und Bürgern von Wels schuldig. Dazu brauchen wir Grundflächen, auf denen sich Unternehmen und Betriebe niederlassen können. Wir müssen auch versuchen eine gewisse Übereinkunft zwischen Umweltschutz, Anrainerschutz und Betriebsansiedelungen herzustellen.

b) Videoüberwachung am Kaiser-Josef-Platz; Gespräch mit Landespolizeidirektion:

Bgm. Dr. Koits: Der Vertreter der Landespolizeidirektion teilte mir mit, dass an einem Vorschlag gearbeitet wird. Es könnte möglich sein, dass die Einrichtung einer Videoanlage am Kaiser-Josef-Platz vorgesehen wird.

Aktuelle Stunde

Fairtrade:

GR. Raggl-Mühlberger: Am 1.07.2013 wurde ein Initiativantrag der SPÖ-Fraktion aus Wels eine Fairtrade-Gemeinde zu machen mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP abgelehnt. Es ist unbestritten, dass alle hier im Gemeinderat vertretenen Parteien dem Fairtrade-Gedanken positiv gegenüber stehen. Es wurde von der Mehrheit im Gemeinderat festgehalten, dass dadurch nicht weitere Dienstposten und Kosten entstehen dürfen. Im konkreten Fall geht es hier nicht um den Fairtrade-Gedanken an sich, sondern darum, dass die SPÖ-Fraktion heimlich, still und leise in das EU-Projekt „Jede Kommune zählt: Sozial gerechter Einkauf - Jetzt!“ – ohne Zustimmung der anderen Parteien einstieg. Derzeit gibt es mit Wels nur drei Städte und drei nicht Regierungsorganisationen, die diesem Projekt angehören. Bereits am 16.07.2013 gab die Stadtregierung in Dortmund den Startschuss für das Projekt bekannt und freute sich über die Patenschaft mit der Stadt Wels. Somit war dieses Projekt schon lange auf Schiene und wurde wieder im Alleingang der SPÖ-Fraktion inszeniert.

Die Stadt bildete ein Projektteam, das an einem Netzwerktreffen mit den oberösterreichischen Fairtrade-Gemeinden im Oktober teilnahm. Für nächstes Jahr sind externe Studien, Informationsveranstaltungen, Referentenvorträge, Promotenmaterial und eine Reise nach Třebíč geplant. Man hängte der Fairtrade-Gemeinde somit nur ein anderes Mascherl um und handelte gegen den Gemeinderatsbeschluss. Bei der damaligen Gemeinderatssitzung wurde uns vorgeworfen, der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion fehle es an Herz. Für mich stellt sich nur die Frage, ob jede gute Tat auch noch durch ein Projekt, eine Patenschaft, ein Etikett oder sonstigen medienwirksamen Auftritten begleitet sein muss. Kann nicht die Stadt Wels in ihrer Beschaffungsaktivität auf faire, regionale Waren und auf Nachhaltigkeit setzen? Deswegen muss die Stadt Wels noch lange nicht an irgendeinem EU-Projekt teilnehmen. Man kann auch Gutes im Stillen tun und dabei sollten wir uns nicht ausnehmen.

Es reicht nicht Fairtrade-Schokolade, Fairtrade-Kakao, Fairtrade-Bananen zu konsumieren. Wir alle mit unseren Smartphone, Computern, günstigen Möbeln, Kleidung und Dingen, die die Welt nicht wirklich braucht. Wir müssen uns an der Nase nehmen und nicht dasitzen und glauben die Welt durch diese Teilnahme am EU-Projekt zu verbessern. Gerade die EU fördert mit ihrer Zollpolitik die Einfuhr von nicht fairen Waren aus Ländern, in denen Kinderarbeit, miserable Arbeitsplatzbedingungen und miserable Entlohnung an der Tagesordnung stehen. Mit jedem Einkauf in Billigläden oder Diskontern

unterstützen wir nur den Wirtschaftswandel, der unsere Zeit prägt. Und selbst bei Fairtrade-Produkten verdienen wieder die Großen mit ihren Aufschlägen - den kleinen Bauern ist wieder nicht geholfen. Die Stadt Wels und wir alle können etwas dazu beitragen. Aber bestimmt braucht man dazu nicht ein Projekt, eine Patenschaft, ein neues Siegel oder Belobigungen. Die SPÖ-Fraktion handelte gegen den Beschluss des Welser Gemeinderates und wir fordern nun Aufklärung darüber wer diese Kooperation beschloss, welche Kosten bisher anfielen und welche Kosten in Zukunft anfallen werden?

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich bin gerne bereit aufzuklären, denn Fairtrade soll nicht nur ein politisches Geplänkel sein. Sie erklärten es bereits sehr gut, warum Fairtrade in unserem Zusammenleben eine wichtige Rolle spielt. Wir diskutierten diesen Antrag bereits ausführlich, deshalb gehe ich gleich zur Chronologie über, die von der FPÖ-Fraktion eingefordert wurde. Sie werfen dem Bürgermeister und der SPÖ-Fraktion vor gegen den Beschluss im Gemeinderat gehandelt zu haben. Die Bezirkshauptmannschaft veranstaltete zum Thema Fairtrade einen eigenen Aktionstag. Als wir den Antrag stellten, wollte die Stadt Wels diesem Fairtradebündnis beitreten, um im Bereich der Bewusstseinsbildung Förderungsmaßnahmen zu ergreifen. In dieser Diskussion in der Gemeinderatssitzung wurde auch über diese Bereiche – an dem die SPÖ-Fraktion schon konkret arbeitet – gesprochen. Dieses Projekt „Jede Kommune zählt: Sozial gerechter Einkauf - Jetzt!“ ist ein EU-Projekt. Bei diesem gibt es einen Call, das bedeutet, dass ein Beteiligter eine Absichtserklärung abgeben muss. Bei dieser Absichtserklärung ist es notwendig, dass die Co-Finanzierung gemacht und gesichert ist. Zu dieser Absichtserklärung wurden wir von der Stadtgemeinde Dortmund eingeladen. Sie wurde abgegeben mit dem Zusatz: „Die Stadt Wels beteiligt sich, vorausgesetzt die Projektnahme und Förderung durch die europäische Kommission an dem durch die Stadt Dortmund beantragten Projekt sozial faire Beschaffung und gibt die im Vertrag vorgesehene Einverständniserklärung zur Bewerbung und Kenntnisnahme der Projekthalte ab.“ Noch einmal der Hinweis: „Vorausgesetzt die Projektnahme und Förderung durch die europäische Kommission ist gewährleistet.“

Der nächste Schritt in der Chronologie des Call ist der, dass eine beauftragte Gruppe Projekte aussucht, die den Zuschlag bekommen. Glücklicherweise bekam diesen die Stadt Wels. Im Stadtsenat am 03.07.2012 gab es dazu einen einstimmig beschlossenen Amtsbericht. Ich denke, es geht der FPÖ-Fraktion hier um billige, populistische Aktionen und nicht um die Sache.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich war sehr erstaunt zu erfahren, dass es heute bei der aktuellen Stunde um ein Thema geht, welches bei der letzten Gemeinderatssitzung sehr ausführlich diskutiert wurde. Der Wortmeldung von Kollegin Raggl-Mühlberger entnahm ich keine klare Position der FPÖ-Fraktion. Kurz zusammengefasst verstand ich das so: Wir sind für Fairtrade, sogar für soziale und faire Beschaffung, aber wir wollen nichts tun dafür. So wird es nicht funktionieren! Wenn wir diesen Gedanken gut finden, dann wird es notwendig sein Aktivitäten zu setzen.

Die von Kollegen Reindl-Schwaighofer ausgeführte Chronologie der Ereignisse spricht auch dagegen. Dass der in der letzten Sitzung diskutierte Antrag nur eine Rolle spielt in Bezug auf dieses Projekt, ist jetzt klar geworden. Ich habe den Eindruck, die FPÖ-Fraktion verstand etwas nicht ganz, denn in diesem Projekt „Jede Kommune zählt: Sozial gerechter Einkauf - Jetzt!“ geht es einerseits um weniger als um den Fairtrade-Antrag. Es geht hier ausschließlich um die Beschaffungspolitik des Magistrates. Im Fairtrade-Antrag wären eine Reihe weiterer Maßnahmen vorgesehen gewesen.

Andererseits geht es um viel mehr. Es geht um sozial gerechten Einkauf und in der Presseaussendung des Magistrates waren auch Beispiele angeführt von Arbeitskleidung über Mobiltelefone bis zur Pflasterung der Fußgängerzone. Es soll hier nach Produkten gesucht werden, die eine Alternative zu den gängigen Produkten darstellen und faire und soziale Handelsbedingungen gewährleistet sind. Es ist ganz schwierig, denn beispielsweise beim Mobiltelefon gibt es fast keine Produkte, die diesen Bedingungen entsprechen. Ich kann hier nur das Fairphone aus Holland anführen. Ich gebe der Kollegin Raggl-Mühlberger Recht, wenn sie sagt, die EU fördert den Import von Produkten, die nicht unter sozial ökologischen Mindeststandards produziert werden. Aber das ist für mich kein Argument dagegen, dass zumindest einmal in Teilbereichen versucht wird, als Kommune vorbildlich tätig zu sein.

Wir GRÜNEN wollen seit langem, dass die EU Produkte nicht mehr importieren lässt, die bestimmen sozialen und ökologischen Mindeststandards nicht entsprechen. Hier geht es nicht um ein, fünf oder zehn Cent teureres Produkt, wie in dem berühmten Kaffeebeispiel, sondern es geht in Wirklichkeit um die Verhinderung von massenhaftem Elend und den Tod von Menschen. In der letzten Sitzung brachte ich Beispiele vom Brand der Textilfabrik in Bangladesch bis hin zu den Selbstmorden bei Foxconn, einer der größten Computererzeuger. Hier werden von unseren Importeuren, von der Wirtschaft, von der EU Arbeitsbedingungen toleriert und zugelassen, die absolut allen Kriterien einer humanen Gesinnung widersprechen.

Wir sollten darauf abzielen, unsere eigene Ideologie in Frage zu stellen. Ist es wirklich das Wichtigste immer das billigste Produkt zu wählen und nicht zu fragen, was mich das angeht unter welchen Voraussetzungen es produziert wurde? Können wir wirklich die Augen so verschließen, dass wir die Ausbeutung in den Ländern der Dritten Welt nicht sehen wollen und das millionenfache Arbeiterelend aus unserem Blickwinkel verschwindet? Ich glaube nicht und so finde ich, dieses Projekt stellt einen ersten schönen Beitrag dazu dar. Schade ist nur, dass sie immer diese Doppelbotschaft aussenden: Ja, wir sind für Fairtrade, aber wir wollen nicht, dass Maßnahmen gesetzt werden. Ich hoffe im Laufe der Zeit kommen wir hier doch noch zu einem Konsens. Die hier vorliegenden Anliegen sind solche, welche die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen auf dieser Welt betreffen.

StR. Dr. Rabl: Ich möchte einmal die Position der Freiheitlichen Fraktion klarstellen. Ja, wir sind für Fairtrade, aber es muss auch umsetzbar sein, und zwar für die Stadt Wels ohne allzu großen Verwaltungsaufwand. Es gab in der Gemeinderatssitzung im Juli einen Antrag der SPÖ-Fraktion, der mehrheitlich abgelehnt wurde. Johnny, du tust dich mit Mehrheiten dann schwer, wenn sie gegen die SPÖ-Meinung sind. Die SPÖ-Fraktion hat keine Mehrheit mehr in diesem Gremium, deshalb werden nicht vernünftige Vorschläge abgelehnt. Dass man sich dann über einen abgelehnten Antrag hinwegsetzt und Steuermittel der Stadt Wels ausgibt, zeigt das Demokratieverständnis der SPÖ-Fraktion. Wir sind das aber aus jahrzehntelanger absoluter Mehrheit der SPÖ-Fraktion gewöhnt.

Warum geht es? Am Beispiel der Pflastersteine kann man das am besten sehen, denn in der Fußgängerzone sollen Fairtrade-Pflastersteine eingesetzt werden. Was bedeutet das? Wir müssen in einem Ausschreibungsprozess Fairtrade-Steine bestellen, also Steine, die nicht durch Kinderarbeit sondern unter fairen Bedingungen erzeugt werden. Wie kontrollieren wir das? Wir kaufen den Stein über den Großhändler und der Groß-

händler muss schauen, woher sein Stein kommt. Der Großhändler wiederum kauft den Stein von einem örtlichen Produzenten in Pakistan oder China etc. Und da ist es keineswegs nachgewiesen, dass dieser Stein tatsächlich nicht durch Kinderarbeit produziert wurde. Wir müssten also als Stadt Wels in diese Gebiete fahren und genau aus bestimmten Steinbrüchen die Steine auswählen. Dieser Verwaltungsaufwand ist weit entfernt von jeder Realität und das ist das Problem an dieser Sache.

Es geht bei dieser Initiative darum Fairtrade Produkte zu verwenden, dessen Herkunft leicht nachvollziehbar ist und es geht nicht um Populismus der SPÖ-Fraktion und nicht um Populismus der FPÖ-Fraktion, sondern es sollen vernünftige Lösungen für die Stadt gefunden werden. Mit Steinen aus Österreich brauchen wir kein Fairtrade-Produkt. Bleiben wir lieber im Ort, kaufen wir lieber österreichische Produkte, dann kann ich mir die ganzen Beitritte, Gelder für Vereine etc. sparen, die wiederum nicht den armen Menschen in der Dritten Welt zugute kommen. Ich glaube, dieses Thema sollte nicht ideologisch missbraucht und nach vernünftigen Maßstäben vorgegangen werden. Bei Kaffee, Kakao kann Fairtrade leichter überprüft werden, aber bei Pflastersteinen gestaltet sich das schon viel schwieriger.

Deshalb lehnte die FPÖ-Fraktion diesen Antrag ab und trotz dieser Ablehnung werden auf Kosten der Steuerzahler Fairtrade-Vereine finanziert. Wir kritisierten nicht den Fairtrade-Gedanken, sondern die Umsetzung durch die SPÖ-Fraktion. Aus unserer Sicht stellt das einen Missbrauch der Machtverhältnisse dar.

GR. Haböck: Wir sollten uns wirklich auf das konzentrieren, um was es wirklich geht. Es geht hier weder um die europäischen Zollvorschriften, noch um andere Weltrettungsaktionen, denn dafür werden wir im Gemeinderat weder gewählt, noch werden wir dafür bezahlt. Wir wurden dafür gewählt zu schauen, dass in unserer Stadt Reformen und Verwaltungsabläufe so kostengünstig wie möglich umgesetzt werden.

Lassen wir die ideologische und emotionale Debatte bei Seite, es geht hier nur vordergründig um Fairtrade. Es geht hier um die Vorgangsweise. Bei Fairtrade kann man verschiedener Meinung sein, aber es ist klar, warum der Antrag am 01. Juli mit Mehrheit der FPÖ- und ÖVP-Fraktionsstimmen abgelehnt wurde. Diese Ablehnung begründete sich auf durchaus vernünftigen klaren Argumenten: Kosten-Nutzen-Abwägung, zu erwartender hoher bürokratischer Aufwand und wie sieht es mit Ressourcenbindung und –verbrauch aus?

GR. Manfred Wiesinger meinte in dieser Sitzung es sei schon befremdend, einerseits müssten die Mitarbeiter sich Einsparungen beispielsweise beim Kopierpapier überlegen und andererseits muss der Magistrat auf teure Produkte mit gewissem Level zurückgreifen. Das ist den MitarbeiterInnen und auch den BürgerInnen nicht zuzumuten. Viele politische Verantwortungsträger erfuhren von diesem Projekt erst durch die Hochglanzmitarbeiterzeitung.

Meine zur Ablehnung führenden Fragen richteten sich damals nach der Höhe des bürokratischen Aufwandes, ob dazu intern Mitarbeiter abgestellt bzw. neu angestellt und externe Expertisen zugekauft werden. Entstehen dadurch neue Kosten, wie etwa Werbe- und Reisekosten? Bei solchen Projekten steht ein enormer Aufwand dahinter, das kennen wir alle.

Trotz dieser Ablehnung im Gemeinderat, war dieses Projekt damals schon geplant. Bei diesem Projekt handelt es sich nicht 1:1 um den damals eingebrachten Antrag der SPÖ-Fraktion.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Das ist das Wesentliche!

GR. Haböck: In der Presseaussendung der Stadt Wels vom 08.11.2013, in der das Projekt sozialer und fairer Einkauf sehr gelobt wurde, ist zu lesen, dass es Arbeitsgruppen gibt, Mitarbeiter beauftragt wurden und dass es ein Netzwerktreff mit Fairtrade-Gemeinden gab. Genau mit den Fairtrade-Gemeinden, dessen Beitritt wir mit Mehrheit im Gemeinderat ablehnten. Weiters war in dieser Presseaussendung zu lesen, es werden externe Studien zugekauft, um Vorteile von Fairtrade im städtischen Einkauf zu evaluieren.

Wenn ich die Inhalte des damals abgelehnten Fairtrade-Antrages mit den Inhalten des laufenden Projektes vergleiche, stelle ich fest, dass sie quantitativ und qualitativ überschneidend sind. Das abgelehnte Projekt wird mit anderem Projektnamen in der Stadt eingeführt und der Bürgermeister bezeichnete mich damals als „herz- und hirnlos“, weil wir das Projekt ablehnten. Herzlos ist eine Interpretationssache, aber ganz „hirnlos“ sind wir nicht, denn das Projekt wird jetzt nur unter neuem Namen weitergeführt. Deshalb begründen wir auf Basis dieser vernünftigen Kosten- und Nutzenargumentation von damals, heute wieder unsere Ablehnung.

Vzbgm. Wimmer: Da StR. Dr. Rabl die Fragen der Finanzen, der Steuergelder der Welsener Bürgerinnen und Bürger ansprach, eröffnet es mir im Rahmen der Geschäftsordnung die Möglichkeit als Finanzreferent zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Möglicherweise drückte sich Kollege Reindl-Schwaighofer missverständlich und nicht ganz klar aus. Ich möchte auf die Ungeheuerlichkeiten, die von GR. Raggl-Mühlberger verbreitet und von StR. Dr. Rabl bestätigt wurden, eingehen.

Man kann natürlich hier ablenken und auf einen Antrag zu sprechen kommen, der im Juli im Gemeinderat behandelt wurde. In diesem ging es darum, ob die Stadt Wels und unter welchen Voraussetzungen der Gemeinschaft der Fairtrade-Gemeinden beitreten oder nicht beitreten soll. Die Mehrheit des Gemeinderates beschloss diesem Bündnis der Fairtrade-Gemeinden nicht beizutreten und das ist von allen Mitgliedern des Gemeinderates zu respektieren und zu befolgen. Was ist geschehen?

Auch Kollege Haböck unterliegt im zeitlichen Ablauf einem Missverständnis. Bereits 2012 beschloss der Stadtsenat einstimmig, dass die Stadt Wels die Partnerschaft mit der Stadt Dortmund und der europäischen Kommission und ein auf den Magistrat zugeschnittenes Beschaffungsprojekt realisiert, sofern die EU-Kommission dieses Projekt genehmigt. Das war ein Jahr vorher! Jetzt in den Raum zu stellen, die SPÖ-Fraktion missachte Beschlüsse des Gemeinderates und handle diesen Beschlüssen zuwider, obwohl ein Jahr vorher einstimmig dieses Projekt im Stadtsenat beschlossen wurde, ist ungeheuerlich. Es wäre nahezu Amtsmissbrauch, dieses Projekt nicht umzusetzen.

Für die SPÖ-Fraktion weise ich mit aller größtem Nachdruck zurück, dass hier Wörter wie „Machtmissbrauch“ und „Nichtverstehen der Mehrheitsverhältnisse“ in den Mund genommen werden. Ich ersuche zur Kenntnis zu nehmen, dass Stadtsenatsbeschlüsse, die ein Jahr vorher in völlig anderer Sache getroffen wurden, nicht mit Gemeinderatsbe-

schlüssen in Verbindung zu bringen sind, wo es darum geht, ob die Stadt irgendwo Bündnisgemeinde wird.

Die SPÖ-Fraktion meinte, es wäre einer Stadt wie Wels zuzumuten und anzuraten, im Bereich Fairtrade mehr Akzente zu setzen als dieses einstimmig beschlossene Projekt des Stadtsenates, welches sich ausschließlich auf die Magistratsbeschaffung bezieht. Geschätzte KollegInnen, nehmen sie zur Kenntnis, sie liegen in ihrer zeitlichen Schiene völlig falsch und sagten hier die Unwahrheit.

Ich bin sehr froh, dass die Sitzungen des Gemeinderates live übertragen werden und über die zahlreichen anwesenden Zuschauer hier im Saal, damit sie die Verlogenheit der Freiheitlichen Politik hier live mitverfolgen können.

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege, zur Ordnung!

Vzbgm. Lehner: Ich darf mich bei der aktuellen Stunde nur in meinem Wirkungsbereich melden und möchte auf das gemeinsame Projekt von StR. Dr. Rabl und mir - der Pflasterung der Innenstadt – hinweisen. Wir kamen in unserer Vorbesprechung überein, in der Innenstadt heimisches Pflaster zu verwenden, da es für die österreichische Wirtschaft, für die Nachhaltigkeit ganz essentiell ist, hier nicht nach China oder sonst wohin auszuweichen. Ich denke es gibt im gesamten Gemeinderat Übereinstimmung darüber österreichische Steine für die Innenstadt zu verwenden.

Bgm. Dr. Koits: Wir sind leider keine Fairtrade-Gemeinde, weil wir entsprechend dem Gemeinderatsbeschluss handeln. Es wird mir niemand vorwerfen entgegen eines Gemeinderatsbeschlusses Verträge etc. abzuschließen. Bei diesem EU-Beschaffungsprojekt besteht ja kein Zwang zum Kauf von Fairtrade-Produkten. Natürlich sind auch wir an regionalen Produkten interessiert. Ein EU-Projekt bedeutet nicht zwanghaft das Handeln gegen die Interessen des eigenen Landes.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

GR. Mag. Günter Lehner ist ab 15.35 Uhr bei der Gemeinderatsitzung anwesend.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Projekt „EnergieStadt Wels“ – Endbericht;
Kenntnisnahme und Umsetzung
DI-P-001-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 08.11.2013:

1. Der vorliegende Endbericht (Anlage 1) zum Projekt Energiestadt Wels wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Wels verpflichtet sich die erarbeiteten Vorschläge und Inhalte nach festzulegenden Vorgaben im Detail und im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen in einzelnen Umsetzungsprojekten in den zuständigen Organen zu beschließen.

GR. Manfred Wiesinger: Herzlichen Dank an jene Personen, die diese Grundlagen zum Energieverbrauch und zum ökologischen Fußabdruck erarbeiteten - es war sicher keine einfache Arbeit. Dadurch liegen Fakten vor aus denen ersichtlich ist, wo noch positive Maßnahmen in Richtung Energiesparen gesetzt werden sollen. Auch ich unterstütze Maßnahmen, die auf der einen Seite Energie einsparen oder wo Energie sinnvoller genutzt wird. Es ist wichtig Ziele zu setzen damit man weiß, wohin man überhaupt will.

Da sich jedoch in unserer schnelllebigen Zeit wissenschaftliche Erkenntnisse ständig ändern und durch laufende Projekte Erkenntnisse erzielt werden, die den derzeitigen Wissenstand total umwerfen können, ist es nicht sinnvoll jetzt schon festzulegen, welche konkreten Maßnahmen man einführt, um die gewünschten Ziele zu erreichen. Bei allen wünschenswerten Maßnahmen, die das Leben in der Stadt Wels lebenswerter gestalten, ist darauf zu achten, dass diese für die Stadt Wels sowie die Bewohner der Stadt Wels finanzierbar sind. Einerseits ist das Leben für viele Menschen im Bereich Wohnen, Lebensmittel etc. nicht mehr leistbar. Andererseits werden durch den Deckmantel Umweltschutz und Ökologie Maßnahmen unterstützt, die meistens weniger als mehr Geld in die Geldbörse bringen.

Dieser Bericht enthält sehr viele Maßnahmen zur Erreichung der gewünschten Ziele. Mir fehlt jedoch in den Unterlagen die Anführung der Mehrkosten, die diese Umsetzung verursachen wird. Nicht angeführt sind die Auswirkungen auf die Energiepreise, wenn total auf erneuerbare Energie umgestellt wird. Ich bezweifle auch - wenn weniger Energie verbraucht wird, wird weniger Energie verkauft – dass die energieverkaufenden Unternehmen, die ja Gewinne erzielen müssen, dazu bereit sind weniger Energie zu verkaufen und dadurch weniger Umsatz zu machen. Das heißt, es wird, wenn weniger Energie verkauft wird, diese sicher teurer. Ein gutes Ergebnis wäre, wir verbrauchen zwar weniger Energie aber bezahlen hoffentlich den gleichen Preis.

Genauso verhält es sich beim Punkt ökologischer Fußabdruck. Herr Dipl.-Ing. Fellingner merkte im Ausschuss an, dass von sehr vielen Menschen ökologisch, negativ belastete Lebensmittel konsumiert werden. Einerseits von Personen, die sich teure und ökologische Lebensmittel leisten könnten, aber natürlich auch von sehr vielen, die sich diese nicht leisten können. Wenn nun versucht wird den Markt zu beeinflussen, um mehr positive ökologische Lebensmittel auf den Markt zu bringen, besteht die Gefahr, dass weniger billigere Lebensmittel zur Verfügung stehen.

Um das Vorhaben umzusetzen muss eine Stelle eingerichtet werden, die dieses Vorhaben begleitet, berät und kontrolliert. Ich bin aber dagegen eine Stelle einzurichten, obwohl noch nicht erarbeitet wurde, in welcher Abteilung diese eingerichtet werden soll und welche Kosten sie verursacht. Im Ausschuss lehnten wir dies ab und einigten uns darauf diesen Punkt zu streichen.

Durch diesen Beschluss der Stadt Wels verpflichtet sie sich die erarbeiteten Vorschläge umzusetzen; wir werden dem auch zustimmen, aber statt dem Wort „verpflichten“ wäre mir das Wort „versuchen“ lieber. Bis zur Umsetzung wird jeder einzelne Punkt wieder in den zuständigen Ausschüssen zur Diskussion stehen und darüber abgestimmt werden. Wenn bei diesen Maßnahmen keine Ausführungen über die verursachenden Kosten vorhanden sind, können wir diese einzelnen Beschlüsse nicht mittragen. Ebenfalls können wir keine Beschlüsse mittragen, welche die Stadt Wels aber auch die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft finanziell mehr belasten.

GR. Mag. Mayrhofer: Dieser Endbericht zum Projekt „EnergieStadt Wels“ schafft für uns wichtige Grundlagen für die Zukunft. Es werden darin Ziele definiert, wo wir z.B. beim Thema CO₂-Reduktion bis zum Jahr 2020 bzw. 2030 hinwollen. Im Endbericht sind auch konkrete Maßnahmenvorschläge formuliert, wie diese Ziele erreicht werden können. Und genau das macht diesen Bericht so wertvoll. Das Thema Mobilität spielt eine Rolle bei der Reduktion des CO₂ Ausstoßes und auch bei der Reduzierung des Footprints der Stadt. Im Bericht wird klar formuliert, dass der Anteil der Autofahrerinnen und Autofahrer am Gesamtaufkommen des Verkehrs sinken muss. Das heißt aber auch, dass alternative Fortbewegungsmittel, wie Rad fahren, zu Fuß gehen oder mit Bus fahren, attraktiver werden müssen. Die Maßnahmenvorschläge dazu lauten: Erweiterung der Öffi-Betriebszeiten sowie die Verbesserung der Linienführung. Car-Sharing stellt eine weitere Möglichkeit dar, um den Individualverkehr zu reduzieren ohne dabei auf das Autofahren zu verzichten. Kleine Gemeinden wie Krenglbach machten uns bereits vor, wie so etwas funktionieren kann.

Zum Thema Energie trug der Herr Bürgermeister schon sehr viel vor. Durch unsere jahrelange Vorarbeit zu diesem Thema erreichten wir bereits sehr viel. Generell in diesem Bereich zu investieren zahlt sich aus. Wir gehen verantwortungsvoller mit unseren Ressourcen um und auch die Lebensqualität für jeden einzelnen steigt. Der Bericht samt Handlungsanleitungen liegt uns nun vor. Was damit passiert liegt in unser aller Verantwortung. Für uns GRÜNEN ist wichtig, dass der „EnergieStadt Wels“ Bericht nicht in irgendwelchen Magistratsschubladen verstaubt, sondern auch tatsächlich etwas geschieht.

Wir stehen hinter diesem Projekt und werden auf die Umsetzung drängen. Denn all die Berichte, Studien und Diagramme sollen schließlich nicht umsonst gewesen sein.

GR. Reindl-Schwaighofer: Danke bei den Mitarbeitern des Magistrates und der EWW AG für dieses profunde Werk, bei dem wir als Gemeindevertreter gemeinsam Schritte setzen können, damit unsere Stadt Wels durch Initiativen einen Beitrag für die Welt leistet, damit diese für alle Menschen zukunftsfähig wird. Man kann darüber diskutieren, ob es sich dabei um Träumereien oder Spinnereien handelt. Früher bedeuteten rauchende Schloten Wohlstand, hier haben viele Menschen Arbeit. Mittlerweile ist der ganzen Welt klar, Wirtschaftswachstum bedeutet nicht automatisch Energiewachstum. Energie wurde zu einem ganz wichtigen Gut in unserer Gesellschaft. Wenn wir weiter auf fossile Energieträger setzen, werden wir unsere nicht unendliche Erde für unsere Kindeskinde in keinem lebensfähigen Zustand hinterlassen.

Ich möchte nicht daran denken wenn in Österreich wieder Personen das Sagen haben, wo Fracking ein Instrument der Energiegewinnung wird. Es wird gesprochen von der neuen Industrialisierung in den USA. Es wird davon gesprochen, dass wir in Europa

und auch in Österreich Fracking als Methode der Energiegewinnung einführen müssen – das stimmt so nicht! Wir haben eine Verantwortung gegenüber unserer Erde!

Dieses Projekt läuft bereits geraume Zeit und wir behandeln Dinge, über die in der Stadt schon diskutiert wird. Wir beschlossen gemeinsam den Antrag zum Thema Mobilität – mit dem Fahrrad in die Stadt. Wir setzen gerade eine Fahrradberatung des Landes Oberösterreich um. D.h. wir leiteten in manchen Bereichen schon Schritte ein, wir verfügen über ein gutes Fernwärmenetz. Dieses Fernwärmenetz gehört noch besser ausgebaut und dafür gehören Mittel eingesetzt.

Wir verfügen über Förderprogramme im Bereich des Energiesparens, wir müssen leistbare Betriebskosten schaffen und möchten die Wohnhäuser in der Vogelweide thermisch sanieren, wodurch sich Einsparungen für den Einzelnen ergeben. Im Facility-Management läuft ein Projekt, um auch hier Möglichkeiten für Einsparungen zu finden. Auch im Bereich Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs gehört noch einiges verbessert. Die Förderung regionaler Lebensmittel ist nur ein Beispiel einen wichtigen Beitrag zum Thema Footprint zu leisten, wo jeder seinen individuellen, persönlichen Beitrag zur Ressourceneinsparung leisten kann.

GR. Manfred Wiesinger sprach die Kosten an. Es gibt in diesem Bereich Dinge, die kosten zur Zeit noch mehr. Wir führten im letzten Generationen-Ausschuss eine sehr heftige Diskussion zum Thema biologische Nahrungsmittel und beschlossen gemeinsam, dass bei einem Teilbereich der Milchprodukte und Obst der biologische Anteil erhöht wird um Akzente zu setzen. Es geht hier um Bewusstseinsbildung.

Der vorliegende Bericht zeigt, dass wir als Stadt Wels nicht nur den selbsternannten Beinamen „Energistadt“ tragen sondern auch bereit sind, in diesem Bereich etwas zu bewegen. Die SPÖ-Fraktion ist der Meinung, dass die Zukunftsfähigkeit des Projekts vor allem durch die Schaffung der dafür notwendigen Stellen abhängen wird.

GR. Markus Wiesinger: Die ÖVP-Fraktion wird diesen Bericht zur Kenntnis nehmen, weil nicht konkrete Maßnahmen mitbeschlossen werden. Vorweg bedanke ich mich sehr herzlich beim Projektteam. Bei den Kolleginnen und Kollegen bin ich mir nicht sicher, ob sie nur den Amtsbericht lasen oder den 352-Seiten-Gesamtbericht. Positiv fiel mir im Bericht das Energieflussdiagramm von Herrn Brandstätter auf, den es in dieser Form noch nicht in der Stadt Wels gab. Ebenso die Infrastrukturentwicklungsplanung von Fichtner. Die Stadt Wels tat bereits sehr viel in diesem Bereich. Beispielsweise die in Passivbauweise errichteten Kindergärten Lichtenegg und Robert-Koch-Straße oder die Volksschulen 5 und 11. Die Kirche St. Franziskus und der Herminenhof sind weitere energietechnische Vorzeigeprojekte. Nicht zu vergessen die Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf LED.

Worum geht es in diesem Konzept? Die Stadt Wels steckte sich ein ehrgeiziges Ziel: 2020 sollen 34 % des gesamten Energiebedarfes der Stadt Wels aus erneuerbarer Energie kommen und im Jahr 2030 soll der ganze Energiebedarf (Wärme und Strom) zu 100 % aus erneuerbarer Energie kommen. Das sind wirklich sehr ehrgeizige Ziele. Dazu muss man wissen wie sich die Energie in der Stadt Wels zusammensetzt und wer verbraucht diese Energie. Unter die Verbraucher fallen die Wirtschaft, die Haushalte und der öffentliche Bereich. Der Wirtschaftsbereich verbraucht 50 % des gesamten Wärme- und Strombedarfes in der Stadt. Die Haushalte verbrauchen 35 % und der öffentliche Bereich 15 %.

Der öffentliche Bereich traf schon sehr viele Maßnahmen, wie etwa die Passivkindergärten. Solche Maßnahmen der Stadt sind wichtig, denn der öffentliche Bereich verbraucht nur 15 %. Hier beginnt die Problematik. Auf der einen Seite verbraucht die Wirtschaft 50 % und die Haushalte 35 % des Energiebedarfs. Die Bürger und Bürgerinnen zu Hause versuchen ständig Energie zu sparen - andererseits wen gelingt es wirklich? Wer erhält bei der Abrechnung eine Gutschrift? Wir leben zum Glück in einer Wohlstandsgesellschaft. Früher gab es pro Haushalt ein Telefon und jetzt sind zwei oder drei Handys vorhanden. Früher wurde gemeinsam ein PC benutzt, jetzt steht dieser PC abseits. Es werden Laptops und Tablets benutzt. Gerade in den privaten Haushalten wird es sehr schwierig werden diese Ziele zu erreichen.

Wer von uns hätte vor fünf oder zehn Jahren an elektrische Fahrräder geglaubt? Vor einigen Jahren fuhren noch selbstgebaute Elektroautos in der Stadt. Jetzt werden diese serienmäßig erzeugt. Es geht nicht darum, den Strombedarf der Stadt Wels auf erneuerbare Energie umzustellen, sondern wir müssen den Verbrauch auch reduzieren, um das Ziel zu erreichen.

Konkret heißt es, wir müssen den Energiebedarf um 16 % bis 2020 und um 28 % bis 2030 reduzieren. Wie will die Stadt Wels das erreichen? Es handelt sich dabei um einen politischen Auftrag, bei dem wir Gemeinderäte gefordert sind, diesen umzusetzen. Wie ist das möglich?

Laut Bericht soll das Wasserkraftwerk Traunleithen umgebaut werden – dies wird hoffentlich so geschehen. Problematischer wird es bei der Verdreifachung der Photovoltaikanlagen. Im privaten Bereich müssen Personen überzeugt werden sich solche Anlagen auf das Dach zu montieren. Die Erhöhung des Fernwärme-Einsatzes der WAV an die Stadt wird funktionieren.

Bei der Verdreifachung der Solaranlagen sehe ich das gleiche Problem wie bei den Photovoltaikanlagen. Große Bedenken habe ich bei den Kosten der Biogasanlage, die ähnliche Kosten wie die Biogasanlage in Engerwitzdorf verursachen soll, nämlich ca. vier Millionen Euro.

Der Bericht enthält, wir benötigen eine Biogasanlage, um die Ziele bis 2020 zu erreichen. Wenn wir die Ziele bis 2030 erreichen wollen, sind zwei solche Anlagen notwendig, das bedeutet 8 Mio. Euro bis 2030. Einen interessanten Ansatz finde ich beim Biogasimport in der Höhe von 31,5 GWh. Wie viel Biogas wird eingespeist, wie viel kann man in Österreich beziehen? 2012 gab es lt. einer Statistik 53 GWh verfügbares Biogas. Uns muss bewusst sein, wir wollen 60 % des verfügbaren, in Österreich vorhandenen Biogases beziehen.

Den Knackpunkt stellt das Biomasseheizkraftwerk dar. Biomasseheizkraftwerke sind sehr schwierig zu führen. Wir alle kennen das Paradebeispiel Güssing – einst ein Vorzeigeprojekt, welches jetzt insolvent ist. Die Anlage konnte nur wirtschaftlich geführt werden, weil es eine jährliche Förderung in Höhe von 600.000 Euro gab. Woher bekomme ich diese Mittel (Getreide oder Holz) um diese Anlage zu betreiben? Güssing war deshalb ein Paradebeispiel, weil es rundherum viel Holz und viele Wälder gab. Dieses Ziel 2030 zu erreichen steht und fällt mit dem Biomasseheizkraftwerk.

Es handelt sich dabei um sehr ehrgeizige Ziele und bei der Umsetzung des Projektes sind noch einige Fragezeichen vorhanden. Grundsätzlich bekennen wir uns aber alle

hier im Gemeinderat für den Weg, im Jahre 2030 100 % erneuerbare Energie zu beziehen.

Bgm. Dr. Koits: Danke für die Grundübereinstimmung bei diesem Thema. Hier geht es nicht um ein Projekt, welches heute begonnen und morgen umgesetzt wird. Es handelt sich dabei um ein Zukunftsprojekt. In der Stadt wird sehr oft geklagt, dass die Politik zu wenig gestaltet und zu viel verwaltet. Dieses gemeinschaftliche Projekt stellt eine große Herausforderung dar und verlangt eine enorme Kraftanstrengung nicht nur von der Politik, sondern auch von der Wirtschaft und der Bevölkerung.

Die Aufgabe dieses Berichtes war, ob es möglich ist bis zum Jahr 2020, 2030, 2050 die Stadt im Bereich Energie autark zu machen. Dieser Beweis ist gelungen mit den Maßnahmen, die im Bericht enthalten sind. Die Politik muss nur den Mut haben in den nächsten Jahren entsprechend daran weiterzuarbeiten. Den Erfolg - wie bei vielen Projekten kann nicht der Gemeinderat einfahren – werden Gemeinderäte und die Bevölkerung erst im Jahr 2020 oder 2025 zu spüren bekommen. Das ist jedenfalls meine Auffassung.

Es wurde mehrfach der ökologische Fußabdruck erwähnt, jener Teil, bei dem die Bevölkerung auch mitmachen und gefordert wird. Wir einigten uns darauf, ein Pilotprojekt zu starten. Das heißt, wir suchen etwa 60 bis 80 Familien, die innerhalb eines Jahres versuchen durch verschiedene kleinere oder größere Verhaltensveränderungen in ihrer Lebensweise den ökologischen Fußabdruck für die Stadt Wels zu verbessern.

Ich möchte diese 60 bis 80 Familien finden. Persönlich würde ich mich mit meiner Familie zur Verfügung stellen, weil ich denke, dass bei entsprechender Einschulung diese Dinge durchführbar sind. Ich hoffe, dass wir bei 27.000 Haushalten in der Stadt Wels 80 Familien gewinnen können hier mitzumachen.

Herzlichen Dank an Herrn Dr. Törek, Dr. Leeb und DI. Fellingner, die Hauptverantwortlichen bei der Ausarbeitung dieses Projektes. Es war sicher keine leichte Aufgabe, zuerst die Ist-Analyse mit externen Beratern zu erfassen und zu erstellen und auf der anderen Seite entsprechende Maßnahmen zu setzen. Mein Dank richtet sich auch an die EWW AG und das Land Oberösterreich, hier vornehmlich an Landesrat Anschöber, der sich persönlich dafür einsetzte.

Wir werden die Bevölkerung entsprechend durch Veranstaltungsreihen oder im Amtsblatt informieren. Die anderen Medien werden sich dem hoffentlich anschließen, denn das Wichtigste ist die Information über die weitere Vorgangsweise.

Im Übrigen hoffe ich, dass die jungen und natürlich auch die älteren Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat den Mut aufbringen, diesen hier festgelegten Weg fortzusetzen. Ich ersuche um ihre Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

2.)

Attraktivierung Messeareal;
Masterplan Grundsatzbeschluss
BauD-403-2011

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 08.11.2013:

Der Masterplan zur Attraktivierung des Messeareals mit der Umsetzung der Maßnahmen wird grundsätzlich genehmigt.

Herr Baudirektor Dipl.-Ing. Pany stellt den Masterplan „Attraktivierung Messeareal“ (Anlage 3) anhand einer Overhead-Präsentation vor.

StR. Huber: Mit dem heutigen Grundsatzbeschluss fällt eine sehr bedeutende Entscheidung für die Zukunft der Messe Wels, für die Innenstadtentwicklung und den Volksgarten. Die SPÖ-Fraktion bedankt sich sehr herzlich bei der Projektgruppe für die sehr stimmige Vorlage zur Attraktivierung des Messeareals. Ich darf mich auch bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die hier konstruktiv mitarbeiteten, aber auch bei den anderen Fraktionen. Die SPÖ-Fraktion vertrat ich im Lenkungsausschuss, wo alle Fraktionen aktiv mitarbeiteten und Wahlkampföne hintangestellt wurden.

Festhalten möchte ich, dass der Masterplan als Gesamtkonzept für die nächsten 10, 15, oder sogar 20 Jahre gesehen werden muss. Einerseits kommt es mit dem Neubau der Messehalle zu einer klaren Stärkung der Messe Wels. Es werden keine Nettoflächen reduziert und gleichzeitig mit dem Zubau Möglichkeiten zur Erweiterung der Messe in den Westen gegeben, der Standort aufgewertet und die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert. Andererseits bleibt das Gebiet als großes Naherholungsgebiet den Welserinnen und Welsern nicht nur erhalten, sondern es wird weiter gestärkt.

Uns ist es wichtig, dass neben dem Neubau des Messezentrums einfach kurzfristig spürbare Maßnahmen für die Bevölkerung umgesetzt werden. Wie die Umgestaltung des Vorplatzes beim Welldorado, des Promenadenweges zwischen Welios und Traununfer sowie die Planung eines Fuß- und Radweges entlang des Mühlbaches und die direkte Anbindung des Herminenhofes an die Innenstadt über den Ledererturm. Diese Anbindung erscheint mir reizvoll, weil eine Anbindung vom Festplatz an den Herminenhof ein Glücksgriff wäre, besuchen doch 2000 Kinder die Landesmusikschule. Etliche Verkehrsmaßnahmen, Verkehrsberuhigungen sind vorgesehen.

Positiv möchte ich die geplante Verkehrsberuhigung im Bereich der Gaststätte Isola-Bella erwähnen. Wichtig ist heute nicht nur diesen Masterplan zu beschließen, sondern auch vorbehaltlich der Budgetbeschlussfassung entsprechende Mittel vorsehen. Bezüglich der Verhandlungen mit dem Trabrennverein ersuche ich für die SPÖ-Fraktion behutsam weiter zu vermitteln. Wir wollen diesen traditionsreichen Verein sicher in Wels halten und daran müssen wir arbeiten.

StR. Dr. Rabl: Was lange währt wird endlich gut – so könnte man das Motto über den Masterplan Welser Messe beschreiben. Die Freiheitliche Fraktion forderte im Oktober 2010 erstmals einen Masterplan 2030 für Wels betreffend das Messegelände, Trab-

rennbahn sowie die Anlage mit Frei- und Hallenbad. Das war offensichtlich Anstoß dafür in der Stadt Wels das Problem zu erkennen und in der Folge einen Lenkungsausschuss einzurichten.

Es dauerte dann immerhin acht Monate bis es zur ersten Sitzung kam, ein weiteres halbes Jahr bis zur zweiten Sitzung. Eigentlich sollte der Masterplan Mitte 2013 vorgelegt werden. Die Vorlage verzögerte sich bis November - aber es wurde eine Einigung zwischen allen Parteien gefunden.

Dieser Masterplan trägt in vielen Punkten eine freiheitliche Handschrift. Gerade bei den kurzfristigen Maßnahmen waren drei Dinge von ganz besonderer Bedeutung. Zuerst die Attraktivierung des Traunufers: Wir glauben gerade das Traunufer sollte als unmittelbarer Naherholungsbereich der Stadt Wels besonders im Vordergrund stehen. Es ist nicht nur notwendig Toilettenanlagen zu sanieren und zur Verfügung zu stellen, sondern es geht darum einen leichteren Zugang zur Traun zu schaffen. Dort sollte man beispielsweise Ruderboote in die Traun geben können, schwimmen, Wellen reiten oder segeln. Die Attraktivierung des Traunufers – mit einem attraktiven Weg neben der Traun – war immer ein Hauptanliegen der Freiheitlichen Fraktion.

Der zweite Punkt beschäftigt sich mit einer Arrondierung des Volksgartens. Der Volksgarten blieb ein bisschen wie der Blinddarm übrig, weil die Messe sich ein Gebiet nach dem anderen einverleibte, um die Ausstellungsfläche zu vergrößern. Der ursprüngliche historische Volksgarten inklusive Löschteich – der sogar einmal eine Verbindung zum Tiergarten besaß – sollte wieder hergestellt werden. Ich bin froh, dass im nächsten Budget dafür Mittel zur Verfügung stehen werden.

Der dritte Bereich betrifft den Promenadenweg zwischen Welios und der Traun. Jeder kennt diese sehr holprige, unattraktive Straße und ich denke, dass es das Tor zwischen Stadt und Traun darstellt. Deshalb sollte dieser Bereich besonders hervorgehoben werden. Der Naherholungsbereich Traun sollte zum Verweilen einladen und ansprechend sein.

Besonders wichtig war uns eine Korrektur im ursprünglichen Masterplan betreffend Trabrennbahn. Die Trabrennbahn befindet sich mitten im Messegelände. Gerade bei einem langfristigen Plan über 20 bis 25 Jahre sollte überlegt werden, ob es noch zeitgemäß ist, mitten im Messegelände eine derartige Trabrennbahn zu betreiben. Es gehört überlegt, diese Trabrennbahn mittels eines Optionsvertrages oder eines Vorkaufrechts in andere Bereiche, Randbereiche der Stadt zu verlagern. Es handelt sich dabei um ein sehr wertvolles Gelände für die erforderliche Expansion der Welser Messe.

Bei einer Absiedelung der Messe aus dem Osten (Bereich Stadthalle entlang der Traun) - dort sollen in 20 Jahren keine Hallen mehr stehen sondern eine große Parkfläche entstehen – gehört alternativ überlegt wohin diese Hallen angesiedelt werden können. Bei den Hallenflächen von 18.000 m² sehe ich nur die Möglichkeit in den Westen zu expandieren. Da ist über kurz oder lang die Trabrennbahn im Weg. Die Stadt Wels muss die Möglichkeit zum Erwerb dieser Flächen haben. Deshalb traten wir für einen Optionsvertrag mit dem Trabrennverein ein und es gibt darüber bereits Verhandlungen und laufende Gespräche. Wobei man damit sehr behutsam und vorsichtig umgehen muss, denn es kann nicht das Ziel sein diesen Traditionsverein aus Wels zu vertreiben. Dieser traditionelle Verein soll schon in Wels gehalten werden, aber an anderer Stelle, damit die

Expansion der Welser Messe entsprechend in anderen Bereichen und Richtung Westen stattfinden kann.

Ich denke, dieser Masterplan stellt einen gangbaren Weg dar, der weitere Schritte vorzeichnet. Ein Zeitraum von 30 Jahren ist schwierig überschaubar. Wenn Geld in die Messe investiert wird, wird das Gelände kein Fleckerlteppich, sondern es wird akkordiert und gemeinsam vorgegangen. Auch die Bürger sind eingebunden worden. Eine einmalige Aktion, denn es wurden die Vorschläge der Bürger diskutiert und aufgenommen. Es war ein sehr wichtiger Weg die BürgerInnen einzubinden. Ich bin über diesen vorliegenden Plan sehr froh und wir werden dem auch zustimmen.

Vzbgm. Lehner: Für mich als Planungsreferenten ist es wichtig diesen Beschluss für die Entwicklung des Messeareals heute gemeinsam zu fassen und dass es in den Ausschusssitzungen und Vorgesprächen Konsens zwischen allen Fraktionen gab. Dieses Projekt wurde vom Verein Lebensraum Messeareal begleitet, der sehr viel Positives dazu beitrug und sehr viele WelserInnen im Entstehungsprozess eingebunden hat. Damit finden sich ihre Ideen in diesem Konzept wieder. Was sind für mich die wichtigen Punkte? Einerseits eine bessere Freizeitnutzung in diesem Bereich durch die Vergrößerung des Volksgartens und andererseits durch die Anbindung der Traun an die Innenstadt aber auch an den Volksgarten. Die Traun läuft ja nicht nur durch die Innenstadt und durch Lichtenegg, sondern auch durch die Pernau. Auch in diesem Bereich brauchen wir eine attraktive Nutzung des Traunufers.

Einen weiteren wichtigen Punkt stellt die zukünftige Absicherung der Entwicklung der Messe dar, die Nutzung der Trabrennbahn und die Verhandlung über deren Absiedelung. Die ÖVP-Fraktion führte Gespräche mit dem Präsidenten und versucht zu sondieren, ob eine Kooperation mit dem Pferdezentrum in Stadl-Paura sinnvoll ist. Das erwies sich nach Begutachtung der Flächen und der Synergien nicht als zielführend.

Wir in Wels müssen eine entsprechende Fläche für den Trabrennverein finden, um der Welser Messe eine gute Entwicklungsmöglichkeit zu geben. Jetzt gehört Vertragssicherheit geschaffen und nicht erst in zwei, drei oder vier Jahren. Diese Entwicklungsmöglichkeit gehört mit der neu zu errichtenden Messehalle 21 verbunden. Wenn wir hier viel Geld investieren, müssen wir auch den weiten Blick nach vorne wagen.

Wichtig ist es auch mit diesem Masterplan Messeareal eine zusätzliche Möglichkeit für Wohnbebauung in der Innenstadt zu schaffen. Die Fläche bei der Almtalbahn ist ja prädestiniert für zusätzlichen Wohnbau. Wohnbau in der Innenstadt bedeutet mehr Frequenz in der Kernzone, im Bereich Fußgängerzone Stadtplatz. Ein unstrittiges Thema, dass es hier mehr Bewohner braucht, die aber auch mehr Familienfreundlichkeit in unserer Stadt benötigen. Dazu sind diese begleitenden Themen wie „Erweiterung Volksgarten“, „Attraktivierung der Traun“, „Schaffung eines Fuß- und Radwegenetzes“ wichtige Themen für die Zukunft unserer Stadt. Das bringt Lebensqualität und Planungssicherheit für Anrainer im Bereich des Messeareals und für Investoren. Es ermöglicht uns Chancen bei konkreten Umsetzungen. Beispielsweise können wir Architekten- und Gestaltungswettbewerbe durchführen, damit hier die besten Ideen für unser Messeareal zukünftig aufgegriffen werden können.

Einerseits sind wir noch flexibel in der Umsetzung und andererseits legen wir fest, wie das Areal genutzt werden soll. Alle Dinge sind wichtig, aber Politik heißt auch Prioritäten setzen. Mit dem vorliegenden Masterplan gelang uns ein großer Schritt für die Entwick-

lung unserer Innenstadt. Die Innenstadt strahlt auf die ganze Stadt aus und bringt uns viele Chancen attraktiv von unseren Gästen wahrgenommen zu werden.

GR. Mag. Humer: Ich möchte einen der SPÖ-Fraktion wichtigen Aspekt betonen. Das Areal des Welser Trabrennvereines steht nicht in unserer rechtlichen Disputation. Alle hier zu treffenden Maßnahmen sind nur im gemeinsamen Dialog und sehr konstruktiv mit dem Trabrennverein zu machen. Als Sportfunktionär und Mitglied des Sportausschusses befinde ich mich oft auf dem Trabrennplatz. Dieser alte Verein stand immer sehr positiv den Wünschen der Welser Messe gegenüber. Wir möchten auf keinen Fall eine Absiedelung, denn diesen Verein brauchen wir in Wels. Ich denke mir, lieber Vzbgm. Lehner, nach Stadl-Paura zum dortigen Reitsportzentrum gehört er nicht wirklich. Wir sollten nicht den Trabrennverein verunsichern - eine Standortverlegung muss genauestens geprüft werden.

Wir brauchen nicht über den Urheberstreit der Bürgerbeteiligung diskutieren, lieber Andreas Rabl! Wesentlich ist, dass an diesem Prozess der Attraktivierung des Messeareals auch die Welser Bürger und Bürgerinnen beteiligt waren. Dabei handelte es sich um einen Musterprozess, weil die Politik gemeinsam mit den Bürgern Dinge entwickelte. Dieses Projekt wird sicher nicht in zwei oder fünf Jahren beendet sein, sondern wird Jahrzehnte dauern. Alles was den Trabrennverein betrifft erledigen wir einvernehmlich und im Konsens – bitte das nicht vergessen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich bin sehr froh, dass wir nicht nur den ersten Tagesordnungspunkt „EnergieStadt Wels“ beschließen können, sondern auch den zweiten Tagesordnungspunkt „Attraktivierung Messeareal“. Denn beide Themen sind tatsächlich Meilensteine für die Entwicklung der Stadt Wels. Beide Themen erforderten jahrelange Vorarbeiten und finden nun zu einem vorläufigen Abschluss, der einen Auftrag für die Zukunft darstellt. Ein Abschluss, der mit unserem heutigen Beschluss dann erst die Einzelprojekte in den nächsten Jahren, ja Jahrzehnten nach sich ziehen wird.

Viele Jahre Vorarbeit waren für dieses Ergebnis nötig, wenn auch noch einige Punkte wie z.B. das Thema Trabrennbahn noch strittig sind. StR. Dr. Rabl meinte, die Freiheitlichen forderten bereits im Oktober 2010 einen Masterplan. Dazu möchte ich erwähnen, dass die GRÜNEN 2010 einen Hotelhochhausbau verhinderten und damals schon einen Masterplan forderten – im Mai 2010. Um diese lächerlichen Kleinigkeiten soll es hier und heute nicht gehen. Es geht darum, dass einer der größten Schandflecke dieser Stadt – das Messegelände ist eine unansehnliche Betonwüste, die am besten außerhalb der Messezeiten nicht hergezeigt wird – langfristig umgestaltet werden soll. Umgestaltet in einer Art und Weise, die wir GRÜNEN mit großer Freude betrachten, denn das Messegelände soll wieder grüner werden. Der Volksgarten, der nach und nach von der Messe immer mehr beansprucht wurde, der immer weiter reduziert wurde und jetzt zusammengeschrumpft jenseits der Stadthalle als kleines Fleckchen vor uns liegt, soll wieder ein echter Volksgarten werden. Das stellt für uns den erfreulichsten Punkt in dieser Planung dar.

Es gelang hier den Begehrlichkeiten einer Bebauung in verschiedenster Hinsicht zu widerstehen und weitgehend sicherzustellen, dass das Areal Erholungszwecken zugeführt werden soll. Wir begrüßen außerordentlich die Planungsüberlegungen in Hinblick auf die Attraktivierung einer Traunuferpromenade. Es ist wichtig, dass dieser Erholungsraum den Welserinnen und Welsern in einer Weise zur Verfügung gestellt wird, der attraktiv ist. Wir begrüßen sehr, dass nach Abriss der Messehallen im östlichen Bereich –

das wird sicher noch zehn Jahre dauern – auch hier an die Schaffung einer Art Uferpark (ähnlich wie in Linz an der Donau) gedacht wurde. In diesem Park besteht die Möglichkeit das eine oder andere Gebäude von öffentlichem Interesse unterzubringen.

Wir begrüßen auch diesen Fest- und Feierplatz für Wels, den es im Anschluss an die Stadthalle im Westen geben soll. Die Umsetzung der einzelnen Projekte werden wir genauer betrachten, denn wir wollen nicht, dass dieser Fest- und Feierplatz nach wie vor eine asphaltierte Fläche darstellt. Es soll wirklich eine Festwiese werden, so wie es früher im Volksfest eine Festwiese gab. Natürlich muss der Anrainerschutz in Bezug auf die Lärmbelästigung Vorrang haben. Es sollte eine Planung gefunden werden, wo ein Areal geschaffen wird, auf dem größere Veranstaltungen fallweise stattfinden können.

Die Schaffung von Korridoren für den Fußgänger- und Fahrradverkehr, also eine Verbindung von der Stadt mit den westlichen Stadtteilen durch das Messegelände, betrachten wir als wichtigen Aspekt. Die uns vorliegende Planung sieht das vor – ein sehr positiver Punkt dieses Plans. Auch die Idee eines Wasserparks wird von uns sehr unterstützt. In den Details der Planung wird man sich überlegen müssen, wie das genau umgesetzt werden soll.

Bei der Detailplanung sollen die besten Ideen zum Zuge kommen, das heißt – ich hoffe wir können uns darauf verständigen – die einzelnen Detailplanungen sollen nicht im Hause erfolgen. Sie sollen im Zuge von Wettbewerben an den- oder diejenige vergeben werden, die tatsächlich die besten Vorschläge einbrachten, dass wir uns über Wettbewerbe die besten Ideen hereinholen.

Im Westen des Messegeländes wird mit dem Bau der neuen Messehalle ein wesentlicher Schritt getan. Hier wird es in weiterer Zukunft wichtig sein, die Gestaltung der Traunuferzone im Auge zu behalten, denn dort soll es deutliche und sichtbare Abgrenzungen zwischen dieser Erholungszone an der Traun und der Vorzone zu den Messehallen geben. Weil die Messehallen von Süden beliefert werden ist es wichtig, diesen Bereich von der Erholungszone abzugrenzen.

Von großer Bedeutung für uns ist, dass die Zufahrt zum Welldorado tatsächlich das ganze Jahr frei gehalten wird. Das heißt, es soll über die Kienzlstraße auch zu Messezeiten eine Zufahrt gewährleistet sein. In diesem Gebiet sollen nicht nur die Hallen abgerissen werden, die jetzt im Zuge des Neubaus der Messehalle nicht mehr vorgesehen sind, sondern auch die Hallen entlang der Traun sollen möglichst rasch entfernt werden, insbesondere die GoKart Halle. Diese stellt für unsere Stadt keinen „Schönheitsfleck“ dar.

Es liegt ein sehr zukunftsweisender Plan vor und ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit bei der Detailumsetzung der einzelnen Bereiche.

Bgm. Dr. Koits: Manches lässt sich durch ein Zitat leichter erklären, deshalb möchte ich Einstein zitieren, der einmal meinte: „Mehr als mit der Vergangenheit beschäftige ich mich mit der Zukunft, denn in ihr muss ich leben“. Ich denke er hatte Recht. Wir beschäftigten uns bei diesen Plänen mit der Zukunft und ich glaube es kam etwas Gutes dabei heraus.

Mir ist es egal von wem eine Idee kommt, wer sie wie und wann irgendwo einbrachte, denn mir ist es wichtig, dass sich diese Ideen mit der Bevölkerung, dem Gemeinwohl

und der Zukunft beschäftigen. Wenn so gearbeitet wird, kann etwas Positives entstehen. In diesem Fall möchte ich keine Fraktion hervorheben, alle Fraktionen leisteten wesentliche Beiträge, um diesen Masterplan heute so präsentieren zu können. Dieser gelungene Plan weist auf einen Stadtteil mit blühender Zukunft hin.

Ich möchte meine Eingangsworte wiederholen: Kultur, Wohnen, Freizeit und Wirtschaft treffen hier vorbildlich aufeinander. Es ist für jeden eine sehr positive Entwicklung möglich. Nochmals herzlichen Dank an Herrn Dipl.-Ing. Pany und Frau Dipl.-Ing. Berghofer und ihren Mitarbeitern. Mein Dank richtet sich auch an den Lenkungsausschuss und den zuständigen Ausschuss im Gemeinderat für deren gute Zusammenarbeit.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

3.)

Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung, Verordnung des Gemeinderates betreffend das Verbot des Campierens im Bereich des Welser Messegeländes und im Welser Volksgarten, Antrag eingelangt am 4.11.2013
DI-Verf-363-2013

Vbgm. Dr. Wieser: Der Kollege Rabl hat seine Wortmeldung zum Masterplan der Messe eingeleitet mit dem Satz: Was lange währt, wird endlich gut. Ich möchte das auch bei diesem Antrag in Anspruch nehmen, denn ich habe die Ehre diesen Antrag bereits zum dritten Mal im Gemeinderat vorzutragen. Das Gute daran ist, dass jetzt damit gerechnet werden kann, dass dieser Antrag beschlossen wird, was in der letzten Sitzung nicht möglich war, weil bestimmte Mandatäre nicht anwesend waren.

Das Thema selbst und die damit zusammenhängende Problematik des Campierens im Welser Messegelände wird seit vielen Jahren beobachtet. Darum stellten wir vor zwei Jahren den Antrag im Gemeinderat man möge eine ortspolizeiliche Verordnung erlassen, mit der das Campieren im Bereich des Welser Messegeländes und im Welser Volksgarten verboten wird.

Es gab genügend Dinge die uns dazu veranlasst haben. Der Linzer Gemeinderat beschloss einstimmig unter Bürgermeister Dobusch bereits vor zehn Jahren eine ähnliche ortspolizeiliche Verordnung für das Veranstaltungsgelände Urfahrnermarkt. Der Ausgangspunkt war ebenfalls wildes oder zufälliges, willkürliches Campieren von fahrenden Gruppen, die auch mit den entsprechenden Begleiterscheinungen auffielen.

Wir erhielten in der zweiten Juli-Woche von solchen Gruppen Besuch. Sie haben sich willkürlich im Volksgarten und im Messegelände verteilt. Bereits vor längerer Zeit wurde ihnen mitgeteilt, dass im Volksgarten kein Campieren erlaubt ist. Der Aufenthalt dieser Gruppen im heurigen Sommer hat bei der Welser Bevölkerung zu Beschwerden geführt. Die Bevölkerung hatte dafür kein Verständnis, dass die Stadt Wels solche Missstände duldet. Es ist letztendlich auch eine Frage der Selbstachtung wie man mit solchen Vorfällen umgeht. Wie lange lässt sich eine Stadt, ein Gemeinderat, die Politik oder sonstige Behörden so etwas gefallen? Ich nehme an, dass seitens der Bevölkerung großes Verständnis für die Erlassung einer solchen Verordnung besteht.

Abgesehen von hinterlassenen Exkrementen, sind auch im Tierpark einige Tiere abhanden gekommen. Der Volksgarten und das Messegelände sind kein Campingplatz. Die vorhandenen Einrichtungen, wie z.B. die zur Verfügung gestellten Toilettenanlagen, wurden gar nicht oder nur wenig in Anspruch genommen.

Wenn die Verordnung erlassen ist, werden sich Welser Magistratsmitarbeiter mit der Linzer Behörde in Verbindung setzen, welche begleitenden Maßnahmen bei der Umstellung notwendig und wichtig bzw. wie bei Zuwiderhandlungen vorgegangen werden soll. Auch werden entsprechende Beschilderungen über das Campingverbot wichtig sein.

Der Welser Gemeinderat hat soeben einen Masterplan für das Messegelände beschlossen und es wurde darüber heftig diskutiert. Aber eines hörte ich nicht, dass in diesem Plan ein Campingplatz vorgesehen ist, weder im Volksgarten noch im Messegelände. Damit das auch für alle Besucher und für die Bevölkerung deutlich ist, stellten wir gemeinsam als FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion diesen Antrag. Ich darf sie um Zustimmung ersuchen.

GR. Reindl-Schweighofer: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Präsidialausschuss zuzuweisen, weil es noch keine Ersatzflächen gibt.

Der oa. Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 4) an den zuständigen Präsidialausschuss zur weiteren Behandlung bzw. Beratung wird bei

gegen 13 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
18 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Kirchmayr war bei der Abstimmung zu diesem Antrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Mag. Mayerhofer: Vzbgm. Dr. Wieser sprach es in seinen einführenden Worten bereits an, der Antrag liegt uns bereits zum dritten Mal vor. Es gibt ein Aktenvermerk aus dem Jahre 2012 und einen Antrag, mit dem sich der Präsidialausschuss näher befasst. In diesem Ausschuss wurde vereinbart Ersatzflächen zu suchen.

Auch in Linz wurden Ersatzflächen geschaffen. Grundsätzlich darf ich noch aus dem Aktenvermerk zitieren: „Von insgesamt 18 Roma und Sinti Aufenthalten waren 15 un-

problematisch und nach Wertung des Sachbearbeiters liegt kein Missstand vor, der der Regelung einer ortspolizeilichen Verordnung bedarf.

Weiters möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass die Organe des Stadtpolizeikommandos Wels nicht zur Mitwirkung verpflichtet werden können. Aus Linz gibt es die Erfahrung, dass der Vollzug der ortspolizeilichen Verordnung nicht funktioniert.

GR. Schönberger: Wir diskutieren dieses Thema schon mehr als ausführlich und sind zum Entschluss gekommen, dass Ersatzflächen gesucht werden müssen. Es spielt auch scheinbar keine Rolle, dass eventuell gegen das Oberösterreichische Campinggesetz verstoßen wird. Offensichtlich gibt es keine Probleme, wenn Personaleinheiten dazu verwendet werden, um das Messegelände dementsprechend zu kontrollieren. Hier sind finanzielle Mittel vorhanden, für alles andere interessanter Weise nicht.

Was mich sehr verwundert ist, dass es keine Stellungnahme seitens der Messe Wels zu diesen Vorfällen gibt. Nach Rücksprache mit Mag. Schneider erklärte dieser, dass es überhaupt keine Probleme gibt und alle verursachten Schäden durch Kauttionen bedeckt sind.

StR. Dr. Rabl: Wir haben es natürlich im Messeaufsichtsrat diskutiert. Dabei ist herausgekommen, dass die Kauttion nicht ausreicht um die Schäden, die durch derartige Besucher gemacht werden, zu beseitigen. Beim letzten durch die Medien gegangenen Aufenthalt betrug die Kauttion 3.000 Euro. 500 Euro hat die Messe dabei Verlust gemacht. Das ist aus meiner Sicht nicht die richtige Kostenwahrheit, da Personaleinheiten, wie beispielsweise die Straßenreinigung, noch nicht enthalten sind.

Ich glaube schon, es ist ein Anspruch der Welser Messe hier geregelte Normen zu haben auf Basis der auch eine Entscheidung gefunden werden kann. Es war in der Vergangenheit ein bisschen verwunderlich, dass, wenn die Sinti und Roma kamen, der Geschäftsführer der Messe bei Herrn Bürgermeister anruft, der sagt dann das eine, die Präsidentin der Welser Messe sagt wieder etwas anderes. Wenn jemand fragt wer überhaupt die Erlaubnis erteilt hat, wird die Verantwortung darüber im Kreis weitergegeben.

Es ist schon notwendig einmal klare Regeln zu schaffen. Ob man das möchte oder nicht. Wir nahmen hier immer einen ganz klaren Standpunkt ein. Wir wollen das Campieren am Messegelände nicht haben. Dieser Standort ist für die Stadt Wels und für den Ruf der Stadt Wels nicht förderlich. Es gibt überlegbare Standorte und Alternativen.

Warum ist die Stadt Wels in dieser Frage seit über drei Jahren untätig? Das Problem besteht seit mindestens fünf Jahren. Was taten wir drei Jahre lang? Wir hätten drei Jahre lang Zeit gehabt einen alternativen Standort zu suchen. Wir hätten drei Jahre lang Zeit gehabt diesen alternativen Standort entsprechend auszubauen. Wir hätten drei Jahre Zeit gehabt die Roma und Sinti auf diesen neuen Standort vorzubereiten. Wir hätten drei Jahre Zeit uns mit den Roma und Sinti Verbänden ins Einvernehmen zu setzen und zu sagen, hier habt ihr einen Standort und die Möglichkeit zu campieren. Was ist in den drei Jahren geschehen?

Das ist mein Vorwurf. Wenn wir nicht irgendwann sagen, so es ist jetzt ein Riegel vorgeschoben, ihr müsst euch etwas überlegen, passiert einfach nichts. Wenn man sich

endlich entschließt einen Strich zu ziehen, dann muss man das auch durchsetzen und durchziehen.

Jetzt ist ein halbes Jahr Zeit einen alternativen Platz zu suchen. Ich hoffe, dass das zugerade auch noch passiert. Rechtzeitig bevor es zu Eskalationen und zu Auseinandersetzungen kommt, sind die Roma und Sinti in dieser Frage auch einzubinden. Der jetzige Zustand ist aus meiner Sicht für die Stadt nicht zufriedenstellend. Es reicht nicht aus, wenn ich 3.000 Euro Kautions erhalten, auch wenn ein Großteil der Schäden beseitigt werden kann. Es ist für mich ein nicht tragbarer Zustand. Auch wenn er mit Geld ausgeglichen werden könnte, möchte ich es trotzdem nicht haben. Wir brauchen eine klare Regelung; diese brauchen wir jetzt und nicht in zwei oder fünf Jahren.

GR. Weidinger: In der Vorbesprechung zu dieser Gemeinderatssitzung hat sich die ÖVP-Fraktion entschlossen hier keine Wortmeldung abzugeben, weil wir diesen Antrag schon dreimal im Gemeinderat diskutierten. Die Wortmeldung von Kollegen Schönberger veranlasst mich jedoch darauf zu reagieren. Das Stadtpolizeikommando und die Ordnungswache werden wahrscheinlich diese ortspolizeiliche Verordnung nicht vollziehen können.

Aber es geht uns um ein Zeichen. Wenn hier die Gastfreundschaft ausgenutzt wird, ist es für uns wichtig zu sagen: "Nein - bis hier und nicht weiter!". Wir können und wollen uns nicht alles gefallen lassen. Wenn diese Gäste nach Wels kommen und sich in unserer Stadt aufhalten, hätte grundsätzlich keiner etwas dagegen. Aber unter welchen Voraussetzungen sie sich hier aufhalten, das ist immer das Problem. Es werden nicht nur Sachbeschädigungen und Verunreinigungen begangen, sondern auch Menschen angepöbelt.

Wir unterstützen diesen Antrag. Wir waren auch nicht für eine Zuweisung in den zuständigen Ausschuss, weil es uns wichtig ist, den Gästen ein Zeichen zu setzen, dass wir uns das einfach nicht mehr gefallen lassen können. Wenn uns die Welser Bevölkerung anruft und sagt „Das geht so nicht mehr. Meine Tochter wurde von diesen Gästen angepöbelt!“ dann müssen wir uns fragen was dagegen unternommen werden kann.

GR. Mag. Humer: Rechtsgrundlage für eine ortspolizeiliche Verordnung ist der Art. 118 des B-VG. Dieser setzt voraus, dass es sich um einen das örtliche Gemeinschaftsleben störenden Missstand handelt. Damit man überhaupt zu diesem Tatbestandselement kommt, muss man auch einen Sachverhalt prüfen. Ob dieser ausreichend erhoben wurde um eine ortspolizeiliche Verordnung zu erlassen (entsprechende Dokumentation der Missstände, wie sieht es mit dem Gemeinschaftsleben aus usw.) lasse ich dahingestellt. Eine ortspolizeiliche Verordnung ist ein Rechtsakt, der hier beschlossen werden soll.

Es sollte auf jeden Fall sauber und korrekt sein. Für mich stellt sich die Frage, ist dieses Gebiet auch entsprechend nach Parzellen abgegrenzt? Wäre es nicht notwendig gewesen einen Plan beizulegen? Die Grundstücke stehen ja größtenteils im Eigentum der Welser Messe, d.h. einer juristischen Person. Wenn diese Verordnung beschlossen wird, darf ich als Jurist meine formalen Bedenken äußern.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Lehner.

Bgm. Dr. Koits: Dieses bereits mehrfach behandelte Thema ist nicht einfach, nicht nur bei uns sondern europa- und österreichweit. In allen Gemeinden mit denen ich in Kontakt bin wird es in vielschichtiger Form diskutiert. Wenn man es sachlich betrachtet, muss man ehrlich sein und sagen, bei fünfzehnmalem Aufenthalt im Jahr dieser Gruppen in der Stadt gibt es vierzehnmal kein Problem. Ich bin bei jedem Aufenthalt vor Ort und überzeuge mich selbst, rede mit den sog. „Chefs“, sehe dass sie entsprechende Anweisungen befolgen und sich bemühen diese umzusetzen.

Heute um 14.45 Uhr präsentierte mir Herr Baudirektor neun Vorschläge in Kurzform wo mögliche Ausweichflächen wären. Diese Flächen kosten uns entsprechende Mittel für einen Grundankauf, für Infrastruktureinrichtungen usw. Wir werden sehen wie sich der Gemeinderat entscheiden wird. Ich werde diese Verordnung, sofern sie heute beschlossen wird, dem Amt der oö. Landesregierung zur rechtlichen Überprüfung vorlegen. Denn aus meinem juristischen Sachverstand heraus ist die Verordnung in der vorliegenden Fassung nicht rechtskonform. Einige Gründe hat Kollege Mag. Humer schon genannt und es gäbe noch weitere anzuführen.

Zu Beginn der Sitzung erwähnte ich nicht gegen rechtsgültige Beschlüsse eines Gemeinderates zu handeln - das gilt auch hier. Wenn der Beschluss von der Oberbehörde als rechtsgültig überprüft angesehen wird, ist dieser selbstverständlich zu vollziehen. Andernfalls sind mögliche Korrekturen durchzuführen. Sollte die Oberbehörde noch weiteres Material benötigen, wird dieses selbstverständlich übermittelt werden.

Ich ersuche sie nur im Interesse der Sache hier nicht Öl ins Feuer zu gießen sondern sachlich zusammenzuarbeiten. Das ist wichtig, denn sonst werden wir das Thema nicht lösen.

Es ist schlicht weg falsch wenn man sagt, es sei bisher nichts geschehen. Selbstverständlich haben wir mit den Vereinen Kontakt aufgenommen, die die Roma und Sinti in Oberösterreich und Österreich verbinden. Aber auch für diese Vereine ist es nicht so einfach. Eine sachliche Vorgangsweise wäre das Vernünftigste, wo klare Regeln aufgestellt werden. Das ist auch für die Gruppen von Bedeutung.

Vzbgm. Lehner: Danke Herr Bürgermeister! In der Zwischenzeit ist ein Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion eingelangt, mit folgendem Wortlaut: „Der Antrag soll heißen: Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels vom 18.11.2013“ Bitte dies zu berücksichtigen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Herr Bürgermeister, sie bezweifeln die Rechtmäßigkeit dieser Verordnung. Vor drei oder vier Jahren waren diese Gruppen auch hier. Da kam es derartig zu Störungen, dass sie von der Bürgeranwaltschaft in Wels plakatieren ließen, sich für das Verhalten dieser Leute zu entschuldigen. Durch die Presse teilten sie mit, dass die Roma und Sinti nie wieder nach Wels kommen dürfen. Das wurde in der Presse ausreichend dokumentiert.

Warum müssen wir Ersatzflächen schaffen? Woher haben diese Gruppen ein Recht auf dem Welser Messegelände zu campieren? Wo ist ein Recht in dieser Weise begründet? Warum muss Marchtrenk das nicht machen? Wieso nicht Lambach? Haben diese Gruppen alle 25 km auf ihrer Reise das Recht zu campieren?

Diese Leute kommen aus dem Linzer Raum. Dort gibt es für Roma und Sinti am Pichlingersee einen Campingplatz. Wieso fahren sie nicht nach Braunau oder Salzburg weiter, wo es wieder derartige Flächen gibt? Wieso müssen sie 25 km später wieder ein Recht in Anspruch nehmen zu campieren? Es hat mir bis heute keiner zeigen können, wo dieses Recht verbrieft wäre und wo die Verpflichtung der Stadt Wels Flächen zu kaufen festgehalten ist.

Die beantragte Verordnung wurde von der Verordnung des Gemeinderates in Linz abgeschrieben. Glauben Sie, dass es in Linz keine Juristen gibt, die diese Verordnung prüften? In unserer Fraktion haben wir einige Juristen, sogar spezifische Verwaltungs- und Verfassungsjuristen, welche diese Verordnung prüften. Es konnte kein Fehler festgestellt werden. Diese Verordnung wurde bereits mehrmals geprüft und diese kompetenten Juristen haben keine Fehler gefunden.

Die Gründe sind klar. Von diesen vierzehn erwähnten Vorfällen waren vier dabei, die so gewaltig waren, dass darüber öffentliche Dokumentationen stattfanden. Ich weiß nicht welche Behörde diese Aufenthalte tatsächlich immer wieder geprüft hat und zur Feststellung kam, dass nichts vorfiel. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Verordnungsentwurf die Zustimmung zu erteilen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 5) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird bei

gegen 20 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
12 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

angenommen

Der Initiativantrag (Anlage 4) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird bei

gegen 18 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
14 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Lehner dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend Bebauungsplan Nr. 201/B.1 (Stadtteil: Lichtenegg)
BZ-BauR-6002-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 21.10.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 6 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 201/B.1 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 608 (Umfahrungsstraße Maxlheid)
BZ-BauR-8002-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 21.10.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 7 beigefügte Verordnung betreffend den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 608 (Umfahrungsstraße Maxlheid) beschließen.

GR. Pernkopf: Bei diesem Verordnungsplan wurde eine gute Wahl der Straßenführung getroffen, weil sie von den Betroffenen in der Siedlung wegführt. Ich wünsche mir, dass auch in Zukunft den Bürgerinnen und Bürgern bestmöglicher Schutz vor Lärm und Emission gewährt wird, um weiter solche Planungen voranzutreiben.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 223 (Erschließung Messeareal)
BZ-BauR-8003-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 21.10.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 8 beigefügte Verordnung betreffend den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 223 (Erschließung Messeareal) beschließen.

Der Antrag (Anlage 8) zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

gegen 21 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Reindl-Schwaighofer, GR. Mag. Humer, GR. Buttinger, GR. Lindlbauer, GR. Wildfellner, Vzbgm. Dr. Wieser, GR. Baumgartner, GR. Josseck-Herdt und GR. Marehard waren bei o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels vom 25.01.2000 betreffend Errichtung und Benützung von Dauerkleingartenanlagen abgeändert wird (1. Novelle zur Dauerkleingartenverordnung 2000) BZ-BauR-004-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 21.10.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 9 beigefügte Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels vom 25.1.2000 betreffend Errichtung und Benützung von Dauerkleingartenanlagen abgeändert wird (1. Novelle zur Dauerkleingartenverordnung 2000) beschließen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es freut mich sehr, dass diese Novelle der Dauerkleingartenverordnung nunmehr zum Abschluss gelangt. Es geht darum, Menschen in der Stadt in Form von Kleingärten eine Lebensphilosophie zu geben. Es handelt sich dabei wirklich um Kleinode – das wollen wir unterstützen. Danke für die hervorragende Vereinsarbeit und ich wünsche ihnen mit dieser Veränderung die Möglichkeiten, die sie sich erwarten.

StR. Dr. Rabl: Auch ich möchte im Namen der Freiheitlichen Fraktion erwähnen, dass wir für die Anliegen der Kleingartenanlagenbenützer ein offenes Ohr haben. Ich hoffe die jetzige Regelung bedeutet für sie einen Schritt in die richtige Richtung. Es freut mich, dass hier das Einvernehmen des gesamten Gemeinderates gefunden werden konnte. Bedanken möchte ich beim Vorstand des Vereines und den anderen Fraktion und hoffe, sie bekommen dadurch frischen Wind und gutes Vorankommen in ihrem Verein.

Der Antrag (Anlage 9) zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin StR. Silvia Huber

8.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die
Tarifordnung für die Jugendherberge der Stadt Wels geändert wird
(4. Novelle der Jugendherbergstarifordnung 1991)
SF-J-104-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss vom 21.10.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 10 beigefügte Novelle zur Tarifordnung für die Jugendherberge der Stadt Wels (4.Novelle zur Jugendherbergstarifordnung 1991) beschließen.

GR. Haböck: Ich bin froh, dass wir nach monatelangen Diskussionen auch im zuständigen Sozial- und Jugendausschuss sowie im Kontrollausschuss diese neue Verordnung heute beschließen können. Eine kleine Kritik vorne weg, man hat hier längere Zeit keine aktiven Maßnahmen gesetzt. Erst durch diesen Kontrollbericht wurden neue Maßnahmen in Angriff genommen. Positiv muss aber erwähnt werden, dass die neue Preisgestaltung sich schon eher einem marktadäquaten Preis-/Leistungsverhältnis annähert. Die Preise sind immer noch günstiger als in anderen Jugendherbergen. Hoffentlich wird jetzt mehr Blick auf die Einnahmen- und Ausgabensituation gelegt, weil natürlich die Kostensteigerungen in den letzten Jahren und die Inflation bisher nicht in diesem Maß mitgetragen wurden, wie es in der neuen Tarifordnung nun getan wird. Im zuständigen Ausschuss werden wir darauf schauen, dass dies jedes Jahr dementsprechend evaluiert und auf Veränderungen reagiert wird. Positiv ist ebenfalls, leider noch nicht umgesetzt, aber wie ich heute von der Referentin erfahren habe, ist es bereits so gut wie fertig, dass es endlich auch WLAN in der Jugendherberge geben wird.

GR. DI. Haydinger: Auch wir finden die Anpassung der Tarifordnung positiv und werden diesem Antrag zustimmen. Ähnlich wie bereits von Kollegen Haböck erwähnt, stelle auch ich mir die Frage, warum nicht bereits viel früher reagiert wurde. Wenn man sich die Rechnungsabschlüsse der letzten fünf Jahre anschaut, hatten wir dort jedes Jahr einen Abgang von über 100.000 Euro, in Summe 600.000 Euro. Wenn wir den Voranschlag 2013 miteinbeziehen, sprechen wir von einem Minus von ca. 700.000 Euro.

Durch die heute zu beschließende Tarifierung ergeben sich Mehreinnahmen von ungefähr 40.000 Euro. D.h. wir werden künftig nicht mehr 100.000 Euro zuschießen, sondern „nur noch rund 60.000 Euro“. Meines Erachtens gibt es zwei Ursachen für diese unwirtschaftliche Betriebsführung. Einerseits liegt es bei der extrem niedrigen Auslastung - diese lag in den letzten Jahren zwischen 28 und 36 % - andererseits in einem extrem hohen finanziellen Aufwand. Dieser setzt sich zusammen aus Betriebskosten, Sachaufwand und Personalkosten. Wenn man sich vorstellt, dass wir hier einen Beherbergungsbetrieb mit gerade einmal 12 Zimmern haben, so sind meines Erachtens jährliche Aufwände von 160.000 Euro einfach zu hoch. Nur ein kleines Beispiel: Wie gesagt, ein Betrieb mit 12 Zimmern benötigt 6 Mitarbeiter, 1 Dienststellenleiter, 1 Sachbearbeiter, 2 Reinigungskräfte und 2 Techniker. Da wäre sicherlich ein großes Einsparungspotential vorhanden.

Weiters fiel mir noch auf, dass nach wie vor die Zimmer ohne WLAN-Verbindung sind. Weder über die Seite der Stadt Wels noch über die Homepage des Österreichischen Jugendherbergeverbandes können Informationen abgerufen werden. Ich denke mir, dass gerade junge Menschen gern im Internet Preise vergleichen und dann auch On-Line buchen möchten. Von Seiten der Buchungsplattformen wie booking.dot.com oder trivago möchte ich gar nicht sprechen. Auch dort gibt es immer wieder Jugendherbergen in anderen Städten, die On-Line gebucht werden. Dadurch könnten mit relativ wenigen einfachen Mitteln die Nächtigungszahlen deutlich erhöht werden. Selbst bei durchschnittlichen Nächtigungszahlen von 45 % würde der Betrieb bereits kostendeckend zu führen sein. Zusätzlich wäre ohne finanziellen Aufwand ein großes Einsparungspotential vorhanden. Dieser Betrieb könnte kostendeckend oder sogar gewinnbringend geführt werden, ohne die Tarife in weiterer Zukunft zu erhöhen. Ich glaube nicht, dass es Aufgabe der Stadt Wels ist einen Beherbergungsbetrieb langfristig mit vielen tausenden von Euro zu subventionieren.

StR. Huber: Grundsätzlich diskutierten wir im Sozialausschuss diese Dinge sehr ausführlich. Ich glaube schon, dass es Aufgabe einer Stadt ist eine Jugendherberge zu führen. Aus unterschiedlichen Bereichen kommen von Vereinen Anfragen, ob nicht ein bisschen günstiger genächtigt werden könnte, weil die Jugendherberge durchaus eine sehr günstige Art und Weise einer Nächtigung in der Stadt Wels darstellt. Man kann natürlich alles im Leben verkürzt darlegen - so auch die Zahl der Betten, die Zahl der Zimmer. 12 Zimmer sind nicht gleich 12 Betten. 12 Zimmer sind 52 Betten. Man sollte es schon so darstellen wie es ist. Natürlich werden wir uns weiterhin die Evaluierungen anschauen und rege diskutieren.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter StR. Dr. Andreas Rabl

9.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Videoüberwachung durch die Stadt Wels;
Antrag eingelangt am 4.11.2013
DI-Verf-364-2013

StR. Dr. Rabl: Dieser Antrag beschäftigt sich mit einem Thema, welches die Stadt Wels seit nunmehr 10 Jahren verfolgt. Es ist die langjährige freiheitliche Forderung nach einer Videoüberwachung für den Bereich des Kaiser-Josef-Platzes und sonstiger Verbrechensbrennpunkte. Wenn man sich überlegt, dass wir seit 2001 über 16 diesbezügliche Anträge einbrachten, weil wir der Meinung sind - dies auch international erwiesen ist - dass eine Videoüberwachung zu einer massiven Senkung der Kriminalität führt, weiß man, dass uns dieses Thema ein besonderes Anliegen ist. Wir haben Studien machen

lassen, auch die EU bestätigte es, dass eine Videoüberwachung erstens zu einer Reduktion der Kriminalität führt, zweitens die Aufklärung von Verbrechen aufgrund des Bild- und Datenmaterials wesentlich einfacher wird, welches im Nachhinein abrufbar ist. Drittens entschärft sich auch massiv die Drogenproblematik.

Wie geht das und wie stellen wir uns das vor? Es soll die Stadt Wels die Videoüberwachung veranlassen. Es ist nicht geplant, dass jemand von der Ordnungswache oder sonst jemand direkt vor dem Bildschirm sitzt und schaut was passiert? D.h. eine dauernde Beobachtung ist nicht geplant. Wir wollen, dass die Bilder aufgezeichnet werden, sodass, wenn im Nachhinein etwas passiert, leicht nachvollzogen werden kann, wer diese Straftat begangen hat. Eine Tätersausforschung wird in der Folge wesentlich leichter.

Wie gesagt gab es in der EU ein diesbezügliches Projekt; damit wurde in Frankreich eindeutig der Rückgang der Kriminalität festgestellt. Auch in Italien gab es dieses Projekt, dort wurde ebenfalls der Rückgang der Kriminalität festgestellt, ebenso in London.

Das besonders Interessante daran ist, dass immer wieder davon gesprochen wird, dass es hier zu einer Verdrängung der Kriminalität käme. Also dort, wo der Bereich nicht mehr überwacht wird, würden die Kriminellen hingehen. Das konnte nicht verifiziert werden. D.h. es ist nicht so, wenn die Kriminalität derzeit am Kaiser-Josef-Platz stattfindet, dass sie dann, weil der Kaiser-Josef-Platz videoüberwacht wird, in der Rablstraße oder noch ein Stückchen weiter in der Rainerstraße stattfindet. Nein, sondern die Kriminalität wird explizit weniger. Das hat auch eine Anfrage beim Innenministerium bestätigt. Die Freiheitlichen fragten an, ob es zu einer Kriminalitätsreduktion gekommen ist. Frau Innenministerin Mikl-Leitner antwortete: „In vielen Bereichen ist die festgestellte Kriminalitätsbelastung durch die Videoüberwachung niedriger geworden. In den Videobereichen Graz-Bahnhof, Graz-Jakominipatz, Villach, Wien-Karlsplatz, Wien-Schottenring und Wr. Neustadt, kam es in den Jahren 2009 bis 2012 zu einem nachweisbaren Rückgang der Straftaten.“ Damit ist eines völlig klar: Videoüberwachung bringt etwas, bringt mehr Sicherheit, bringt eine leichtere Nachvollziehbarkeit, eine leichtere Ausforschung der Täter. Wir sind daher der Meinung, dass diese Maßnahme geeignet ist den Verbrechensbrennpunkt Kaiser-Josef-Platz deutlich zu entschärfen. Wir treten massiv und seit Jahren für eine Änderung und eine Einführung der Videoüberwachung ein. Deswegen sind wir der Meinung, dass der Magistrat hier die notwendigen Voraussetzungen schaffen muss und diese Maßnahme auch rechtlich prüfen soll. In diesem Zusammenhang ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Über die erstmalige Zustimmung seitens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion sind wir sehr erfreut und hoffen auf entsprechende Umsetzung.

GR. Mag. Lipp: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag an den zuständigen Ausschuss (Präsidialausschuss) zur weiteren Bearbeitung zuzuweisen. Wir fassten in der letzten Gemeinderatsitzung bereits einen Beschluss. Bgm. Dr. Koits hat in seinem Bericht über dieses Thema gesprochen. Wir werden im TOP 16. den DESSI-Prozess möglicherweise beschließen, deshalb ersuche ich um Zuweisung an den Ausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Lipp auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 11) an den Präsidualausschuss zur weiteren Beratung wird mit

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
18 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits und GR. Buttinger waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Weidinger: Mit diesem Antrag hat die ÖVP-Fraktion ein kleines Problem, jedoch geht dieser Antrag unserer Meinung nach in die richtige Richtung. Videoüberwachung ist grundsätzlich ein Instrument, welches benutzt wird um Verbrechen zu verhindern. Wenn StR. Dr. Rabl sagt, es gibt Verbrechensbrennpunkte und das Innenministerium vertritt diese Ansicht in vielen anderen Städten, gebe ich ihm nur zum Teil Recht. Verbrechensbrennpunkte in diesem Sinne gibt es in Wels nicht.

Dieses Thema gehört ordentlich diskutieren, d.h. nicht einfach zu sagen, so wir hängen jetzt sechs Kameras am Kaiser-Josef-Platz auf, weil es die Freiheitlichen so wollen. Wir wollen einen Prozess einvernehmlich mit der Polizei starten, der uns die Möglichkeit gibt zu erfahren, wo es wirklich notwendig ist.

Sie nehmen in ihrem Antrag die Polizei aus. Das wollen wir nicht. Wir wollen grundsätzlich die Polizei involviert wissen, denn was bringt es, wenn wir sechs oder zwölf Kameras montieren, die vermutlich einige hunderttausend Euro kosten, wenn wir keine Direktüberwachung haben? Wenn sie nur aufzeichnen, wie ich das bereits beim letzten Gemeinderat erwähnte, dann wünsche ich ihnen viel Glück einer Mutter erklären zu müssen, welche die Tochter am Vortag im Krankenhaus besuchen musste weil sie vergewaltigt wurde, warum zwar eine Aufzeichnung vorhanden ist aber niemand eingreifen konnte. Nach 24 Stunden schauen wir uns die Bänder an und sehen einen Täter, der vielleicht verummumt oder nicht erkennbar ist. Die Fotos haben möglicherweise eine schlechte Qualität oder diese Person ist einfach unbekannt. Sie können das Videoband oder das Foto den Dienststellen der Polizei in ganz Österreich schicken. Vielleicht haben sie Glück und der Täter ist bekannt.

Mit diesem DESSI-Prozess ist eine Überwachung per Monitor im Einvernehmen mit der Polizei zu erreichen. Wenn wir uns dazu entschließen soll erreicht werden, dass Straftaten auch verhindert werden können. D.h. wenn sich eine Rauferei anbahnt, soll es möglich sein schnell zu reagieren.

Grundsätzlich ein ja zu diesem Antrag, er geht in die richtige Richtung. Wir wollen uns das Thema Videoüberwachung genauso ansehen wie sie, aber ich komme beim DESSI-Prozess darauf zu sprechen - bitte gemeinsam. Keine Alleingänge mehr, keine schlechte Presse mehr, wir schauen uns das ganz in Ruhe an.

StR. Kroiß: Der Sinneswandel der ÖVP-Fraktion freut mich ganz besonders. Lieber Andreas, es ist ja nicht so, dass die Stadt Wels dies im Alleingang macht. Der Antrag lautet, die Stadt Wels soll überprüfen in welchem Ausmaß und auf welche Art und Weise die Videoüberwachung zur Kriminalitätsbekämpfung in der Innenstadt rechtlich möglich und sinnvoll ist. Natürlich wollen auch wir Freiheitlichen die Polizei dabei haben. Herr

Bürgermeister sagte dies ja bereits am Beginn der Sitzung, dass es auch leichte wohlwollende Zustimmung seitens der Landespolizeidirektion gibt. D.h. Stadt Wels und Polizei gemeinsam sollen prüfen, auf welche Art und Weise die Videoüberwachung installiert werden kann.

Wir wissen selbstverständlich auch, dass eine Videoüberwachung kein Allheilmittel ist. Aber sie ist ein Mittel, ein Zweck zur Kriminalitätsbekämpfung, zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Wir sollten auch heute nicht über Monitore diskutieren, sondern es geht generell darum, wollen wir eine Videoüberwachung – ja oder nein.

In einem Punkt muss ich dir schon widersprechen: Wenn wir etwas ankaufen, muss die Qualität stimmen. Es sollte nicht so sein, dass wir sagen Videoüberwachung ja, wir kaufen eine billige Anlage und dann ärgern wir uns, wenn nichts erkannt wird.

Zur schlechten Presse muss ich sagen, wir machen keine schlechte Presse, wir machen eine ehrliche Presse und zeigen im Vorfeld auf. Es freut uns, dass wir heute diesen Antrag zum Abschluss bringen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Diese Diskussion beschäftigt uns eine geraume Zeit und eigentlich glaubte ich, als wir bei der letzten Gemeinderatsitzung gemeinsam eine Überprüfung beschlossen haben, dass dieses Thema endlich aus der politisierenden Zone herauskommt.

Wir von der SPÖ-Fraktion sagten immer, es geht darum, dass die Polizei das staatliche Sicherheitsmonopol hat und dass die Polizei dafür zuständig ist in unserer Stadt, dort wo sie Punkte der Kriminalitätshäufung findet, diese auch festzustellen. Es freut mich, wenn der Polizist und GR. Weidinger es genauso sieht. Nur meine Kollegen haben über einen Antrag gesprochen, der gar nicht vorliegt. In diesem Initiativantrag ist nichts von der Polizei enthalten.

Zwischenruf von GR. Weidinger: Ich habe in meiner Wortmeldung gesagt „nur mit der Polizei“.

GR. Reindl-Schwaighofer: Mit diesem Antrag beschließen wir, dass die Stadt Wels die Videoüberwachung überprüft und eventuell eine Anlage installiert. Im letzten Gemeinderat beschlossen wir bei eventuellen Kriminalitätshäufungspunkten etwas zu tun. Meiner Ansicht nach ist der richtige Weg der angesprochene DESSI-Prozess, wo es darum geht, dass wir gemeinsam mit der Polizei Initiativen ergreifen. Deshalb stellten wir einen Antrag auf Zuweisung an den Präsidialausschuss.

Vzbgm. Lehner: Es geht hier um den Verbrechenhotspot Kaiser-Josef-Platz. Diese Botschaft hörten wir leider in den letzten Wochen vermehrt und diese führt zur Verunsicherung der Welser Bevölkerung.

Übermorgen eröffnet am Kaiser-Josef-Platz ein neues Geschäft. Für das Hotel Greif wurde ein neuer Pächter gefunden, der ab Jänner 2014 massiv in das Hotel investieren wird. Der Betrieb Gösser Wanik investiert heuer sehr viel Geld in seine Küche, der City-Corner wurde neu gebaut. Mit diesen Vorhaben wird ein wichtiger Impuls am westlichen Ende des Kaiser-Josef-Platzes gesetzt. Es gibt zahlreiche Investoren, die am Kaiser-Josef-Platz ihre Chancen sehen. Wenn wir den Kaiser-Josef-Platz als Verbrechenhotspot titulieren, hilft das der Stadt Wels nicht. Unsere Aufgabe ist es die Polizei zu unter-

stützen, zu schauen, wie kann es uns gelingen mit einer Videoüberwachung die Basis-sicherheit am Kaiser-Josef-Platz zu erhöhen. Es gibt sicher keinen Verbrechenshotspot in dieser Form. Wichtig ist ein intensives Miteinander mit der Polizei, eine intensive ko-ordinierte Arbeit beim Thema Drogenprävention. Wir müssen aufpassen, dass in die-sem Bereich die Menschen und Investoren nicht aus unserer Stadt vertrieben werden.

GR. Schönberger: Wir diskutieren hier über eine Videoanlage, die am Kaiser-Josef-Platz installiert werden soll. Sie können, nachdem sie niedergeschlagen oder beraubt worden sind, bis zu drei Tagen später ein Band einfordern und eventuell einen Täter ausfindig machen. Es geht hier nicht um ein objektives Sicherheitsinstrument sondern bestenfalls um ein subjektives.

Ich verstehe dieses Herangehen an das Thema nicht wirklich. Wenn ich sage, es gibt eine Videoüberwachung in einem Lift in einem Hochhaus mit 20 Stockwerken, nehme ich an es wird festgestellt, dass jemand an einer Haustüre klingelt, dem wir helfen müs-sen. Wenn ihnen das am Kaiser-Josef-Platz passiert, dann können sie, wenn sie recht-zeitig aus dem Krankenhaus entlassen werden oder rechtzeitig ihren Rechtsanwalt oder die Polizei informieren, um den Sachverhalt darzustellen das Band einfordern. Der Kai-ser-Josef-Platz wird deswegen nicht sicherer, aber sie haben zumindest nachher ein Band.

In Wels haben wir mehrere Orte, an denen regelmäßig Prügeleien stattfinden, wo die Täter dingfest gemacht werden. Aber die Polizei benötigt auch etwa 20 Minuten, bis sie vor Ort ist, die Versammlung auflöst und letztendlich wegfährt. Eine ordentliche Über-wachung bedeutet für mich ein Exekutivorgan, welches sofort einschreiten kann. D.h. Wachzimmer am Kaiser-Josef-Platz definitiv. Es befindet sich ein Wachzimmer um die Ecke. Ich verstehe nicht, warum die Polizisten nicht um die Ecke gehen können, wenn sie in der Roseggerstraße das Wachzimmer haben, um diesen Hotspot zu betreuen. In erster Linie würde ich die Polizisten vor Ort schicken, bevor eine Videoanlage aufge-stellt werden soll. Wenn Verbrechen stattfinden, sollten diese rechtzeitig von der Exeku-tive bekämpft werden. Das kann nicht mit einer Videokamera geschehen. Die Polizisten müssen vor Ort sein.

GR. Mag. Lipp: Wenn wir von Hotspot sprechen, handelt es sich um den § 54 Sicher-heitspolizeigesetz. Für einen Hotspot gibt es ein paar Voraussetzungen. Die Gemeinde hat die Daten nicht zur Verfügung um klären zu können, handelt es sich beim Kaiser-Josef-Platz um einen Hotspot oder nicht. Dazu braucht man Daten, die nur der Landes-polizeidirektion bzw. dem SBK und dem BK Wels vorliegen. Auch der Datenschutzbe-auftragte hat dazu ein Wörtchen mitzureden. Es ist monatlich ein Bericht zu erstatten, einmal jährlich kontrolliert der Rechtsschutzbeauftragte, ob ein Hotspot noch gegeben ist. Verändern sich die Daten kann der Rechtsschutzbeauftragte jederzeit sagen, dass eine Videoüberwachung nicht mehr notwendig ist.

Nachdem eine Videoüberwachung viel Geld kostet, macht es nur Sinn wenn jemand vor dem Monitor sitzt, sieht was los ist und per Funk sofort die Kollegen verständigen kann. Mischen wir uns nicht in Sachen ein - ob eine Überwachung notwendig ist, soll die Poli-zei entscheiden.

Bgm. Dr. Koits: Vor wenigen Wochen fand ein Sicherheitsgespräch statt. Bei diesem waren alle Gemeinderatsfraktionen vertreten. Es wurden acht Maßnahmen festgelegt, die in Zukunft abgearbeitet werden sollen. Das beginnt bei Überwachungen nach dem

Jugendschutzgesetz, nach der Gewerbeordnung und endet u.a. bei einer Videoüberwachung auf dem Kaiser-Josef-Platz. Bei diesem Gespräch war der höchste Beamte aus Polizeikreisen, Herr Landespolizeidirektor, anwesend. Dieser erklärte sich dieses Thema anzunehmen, wir werden es genau überprüfen. Wir werden eine Person aus dem kriminalsoziologischen Bereich beiziehen, um ein objektives Bild zu erhalten. Ein Außenstehender vermag vielleicht da oder dort mehr zu sehen als wir selbst.

Ich weiß nicht, was dieser Antrag soll, ich verstehe ihn nicht. Offensichtlich, das gilt jetzt für den Kollegen Kroiß und für den Kollegen Weidinger, vertrauen sie ihrem obersten Polizeichef nicht. Ich verstehe auch nicht, warum eine Vereinbarung nicht eingehalten wird. Es tut mir wirklich leid, dass wir so diskutieren müssen.

Weiters gebe ich dem Kollegen Lehner Recht, ich lasse mir den Kaiser-Josef-Platz nicht als einen Kriminalitätsschwerpunkt und als einen Ort des Verbrechens in der Öffentlichkeit darstellen. Es ist nicht fair, es ist nicht in Ordnung und es fügt der Stadt Wels Schaden zu. Das ist im höchsten Maße unverantwortlich. Selbstverständlich sollen Dinge nicht schön geredet werden. Deswegen beschlossen wir ein Acht-Maßnahmen-Programm, welches umgesetzt werden soll. Diese Schlechtederei schadet uns auch im wirtschaftlichen Bereich. Damit sich ein Unternehmen in Wels niederlässt, braucht es gute Bedingungen. Eine der Bedingungen ist die Sicherheit in unserer Stadt. Da sind negative mediale Beiträge kontraproduktiv.

StR. Kroiß: Ich habe sehr wohl Vertrauen in die oberste Führung der Polizei. Herr Bürgermeister, so wie sie die Leute ansprechen und sagen, was ist auf dem Kaiser-Josef-Platz los, so werden auch wir immer wieder gefragt, wann kommt endlich die Videoüberwachung? D.h. hier haben wir verschiedene Sichtweisen und darüber sollten wir diskutieren und abstimmen. Auch wir wollen die Stadt nicht schlecht machen. Wenn die Bevölkerung das Gefühl hat, dass die Videoüberwachung etwas bringt, dann sind wir der Meinung das sollten wir auch tun.

Liebe Kollegin Lipp, ich glaube, dass dieser Datenschutzbeauftragte bzw. dieser Hotspot nur dann notwendig ist, wenn die Polizei die Videoüberwachung installieren wird. Sobald der Magistrat oder die Stadt Wels eine Videoüberwachung möchte, genügt die Zustimmung der Datenschutzkommission. Wir haben hier zwei verschiedene Dinge, das eine ist die Datenschutzkommission mit der Gemeinde, das andere ist der Hotspot im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes.

Kollege Schönberger, deine Wortmeldungen waren mehr als entbehrlich. Also was du hier sagtest war mehr als „hahnebüchern“, dass muss wirklich gesagt werden. Was du alles hier zum Besten gegeben hast - wie eine Videoüberwachung bringt gar nichts, das funktioniert sowieso nicht, und wenn hier die Polizei nicht gleich kommt, kann man sich später diesen Film anschauen - war mehr als entbehrlich. Ich glaube, du hast wirklich keine Ahnung von der polizeilichen Arbeit und bringst das hier zum Besten. Das Ganze einfach wegzuwischen und zu sagen es ist der größte Blödsinn, den wir machen können, ist wirklich eine Frechheit und das haben sich die Welser BürgerInnen nicht verdient. Die Videoüberwachung dient dazu den Täter zu überführen. Wenn dir bei einer Rauferei die Zähne eingeschlagen werden und wir finden keinen Täter, bleibst du auf den Kosten sitzen. Wenn wir es aber schaffen, wie bereits öfters geschehen, mit der Videoüberwachung den Täter auszuforschen, kann man sich hier sehr wohl an den Täter schadlos halten. Hier das Ganze einfach wegzuwischen ist wirklich unter jeder Kritik.

StR. Dr. Rabl: Folgende Klarstellung ist in Anbetracht dieser heftigen Debatte erforderlich. Es gibt einen Artikel in den Tips vom 6.11.2012, in dem sehr genau erklärt wird, welche Möglichkeiten einer Videoüberwachung es gibt. Es gibt zwei Arten: Erstens eine nach dem Sicherheitspolizeigesetz – diese Videoüberwachung macht die Polizei. Kollegin Lipp meinte völlig richtig, dazu brauche ich einen Verbrechenshotspot, sonst darf die Polizei keine Videoüberwachung machen.

Zweitens die Videoüberwachung nach dem Datenschutzgesetz - das ist die Videoüberwachung, welche die Stadt Wels selber machen kann. Ich brauche die Zustimmung der Datenschutzkommission aber keinen Verbrechensbrennpunkt. Herr Bürgermeister, vielleicht wird jetzt auch der Antrag klarer. Bei diesem Antrag geht es um die Videoüberwachung, die die Stadt Wels selber machen kann. Wir wollen auf der einen Seite, dass die Polizei prüft ob es einen Verbrechensbrennpunkt gibt, ob die Videoüberwachung durch die Polizei gemacht werden kann. Parallel dazu prüfen wir, ob die Stadt Wels selber eine Videoüberwachung nach der Datenschutzkommission durchführen kann.

Dass man das natürlich zerredet weil man dagegen ist, man ideologische Scheuklappen in diesem Zusammenhang hat, ist mir völlig klar. Lieber Karl Schönberger, vielleicht ein bisschen etwas zu deinen Ausführungen. Es gibt den Titel der Prävention. Das bedeutet, ich muss entweder bewusstseinsbildend oder durch Polizeistreifen verhindern, dass es überhaupt zu einem Verbrechen kommt. Diese Prävention ist nachweislich bei der Videoüberwachung gegeben, warum? Ganz einfach, ich kann eine kriminelle Handlung nicht mehr unter dem Titel der Anonymität begehen. Die meisten ausgerissenen Blumen, Vandalenakte etc., werden unter dem Mantel der Anonymität spät in der Nacht oder sonst wann begangen. Wenn die Leute wissen, es beobachtet mich vielleicht wer, dann passiert das gar nicht ernst.

Es gab bei der Heimstätte einmal in einem Lift ein Problem, es wurde in den Lift uriniert. Man konnte nicht entdecken wer das war. Was passierte? Videoüberwachung – nach zwei Tagen wurde die betroffene Person ausgeforscht. Das sind Möglichkeiten wie solche Dinge tatsächlich gelöst werden können. Mehr braucht man in diesem Zusammenhang nicht. Man muss im Vorfeld tätig werden. Es muss der Täter dingfest gemacht werden, wenn er eine kriminelle Handlung begeht. Deswegen halten wir diesen Antrag für sinnvoll, weil er sich mit den Maßnahmen und den Prüfungspflichten der Stadt Wels beschäftigt.

Wir wollen heute prüfen, ob die Stadt Wels eine Videoüberwachung am Kaiser-Josef-Platz machen darf oder nicht. Zum Thema Verbrechensbrennpunkt, Herr Bürgermeister, muss ich ihnen ein bisschen widersprechen. Auf der einen Seite sagen sie man darf die Stadt Wels und den Kaiser-Josef-Platz nicht schlecht reden, es gibt keinen Verbrechensbrennpunkt. Doch sie selbst teilten uns mit, dass der oberste Sicherheitschef meinte vielleicht doch eine Videoüberwachung zu machen. Vielleicht – ich betone das vielleicht – was brauche ich für eine Videoüberwachung durch die Polizei - einen Verbrechensbrennpunkt.

Also gibt es dann vielleicht doch einen Verbrechensbrennpunkt, wenn die Polizei jetzt schon selbst überlegt eine Videoüberwachung zu machen? Natürlich ist es das! Ich kann meine Augen nicht ständig verschließen. Wir haben ein Drogenproblem, ein Vandalenproblem, ein Gewaltproblem, und jetzt sagt jeder, nein! Da passiert ja gar nichts! Wir dürfen die Gegend nicht schlecht reden! Wenn ich ständig meine Augen verschließen, kann ich auch nicht handeln. Ich muss zuerst eine Situation analysieren. Ich muss

also sagen, was fehlt dort, was krankt dort und dann kann ich die richtigen Maßnahmen ergreifen. Das ist wie in jedem wirtschaftlichen Prozess auch in der Politik nichts anderes. Aber wenn ich schon bei der Analyse meine Augen verschließe, werde ich nie zu einem richtigen Ergebnis und in der Folge nie zu richtigen Maßnahmen kommen. Deswegen sage ich ganz klar: Natürlich haben wir dort einen Hotspot. Natürlich haben wir dort eine Problemzone. Deswegen bin ich froh, dass wir diese Maßnahme als ersten Schritt veranlassen, weil das die richtige Reaktion ist. Natürlich bringt es etwas, wenn die Polizei Streife geht. Natürlich bringt es etwas, wenn Sozialarbeiter sich besonders um diese Drogenfrequenz und Drogendelikte kümmern. Natürlich bringt auch eine Videoüberwachung etwas. Nur durch Gesamtmaßnahmen kann es zu Verbesserungen kommen. Aber ich muss einmal schonungslos die Situation analysieren. Immer dieses „naja wir dürfen die Stadt Wels nicht schlecht machen“ ist aus meiner Sicht fehl am Platz. Niemand möchte die Stadt Wels schlecht machen, jedoch hilft es auch nichts, wenn wir ständig die Stadt schön reden und nichts tun. In der Folge wird es immer schlechter und die Bevölkerung regt sich in diesem Zusammenhang immer mehr auf. Beim Billa steht bereits eine Security beim Eingang. Diese steht deswegen dort, weil es in diesem Bereich zu Problemfällen kam.

Es gibt natürlich Probleme am Kaiser-Josef-Platz, diese Probleme muss man ernst nehmen und dementsprechende Maßnahmen ergreifen - das tun wir hiermit. Die Videoüberwachung ist eine dieser Maßnahmen und deswegen ersuche ich um Zustimmung.

Der Initiativantrag (Anlage 11) zu Tagesordnungspunkt 9. wird mit

gegen 18 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
14 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Der Bürgermeister unterbricht sodann den offiziellen Teil der Gemeinderatssitzung zwecks Abhaltung der Bürgerfragestunde.

Nach Durchführung der Bürgerfragestunde in der Zeit von 18.15 bis 18.28 Uhr wird die Gemeinderatssitzung fortgesetzt.

Vzbgm. Dr. Bernhard Wieser verlässt die Gemeinderatsitzung um 18.20 Uhr.

Berichterstatter StR. Dr. Andreas Rabl

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Kofinanzierung der Innenstadtbelebung durch EU-Förderprogramme
DI-Verf-366-2013

StR. Dr. Rabl: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Innenstadtbelebung durch EU-Förderprojekte und Förderprogramme. Jeder weiß, dass wir im nächsten Jahr die Fußgängerzone im Bereich der Schmidtgasse sanieren. Es gibt ein sehr vielversprechendes Zukunftsprojekt. Dieses wird aber nicht ausreichen die Infrastruktur zu verbessern, sondern es muss zu einer merklichen Belebung der Innenstadt kommen. Durch eine volle Auslastung der Geschäfte einerseits und durch eine Frequenzsteigerung andererseits. Die EU hat ein eigenes Förderprogramm, genannt Jessica, ins Leben gerufen, wo die Stadt mit Kofinanzierung des Landes die Möglichkeit hat Fördermittel zur Revitalisierung von Innenstädten abzurufen und den Kaufkraftabfluss im stadtnahen Bereich, insbesondere an die am Stadtrand liegenden Einkaufszentren zu stoppen. Es wäre zielführend zu prüfen, ob und inwieweit die Stadt Wels die Möglichkeit hat derartige Förderprogramme abzurufen. Insbesondere wenn es derzeit verschiedene, von der Stadt Wels initiierte neue Förderprogramme geben wird und soll. Weiters soll geprüft werden, ob es nicht möglich ist gemeinsam mit der Wirtschaftskammer einen Plan zu entwickeln und mit Präsident Christoph Leitl diesbezüglich Gespräche zu führen. Es ist allseits bekannt, dass unser derzeitiger Wirtschaftsreferent Peter Lehner hervorragende Kontakte zum Präsidenten der Wirtschaftskammer Christoph Leitl hat. Das wäre vielleicht ein Anstoß entsprechende Fördermittel kofinanziert durch die Stadt, das Land und die Wirtschaftskammer anzusprechen.

GR. Raggl-Mühlberger: Die Städte werden immer mehr Orte der Innovation und Zentrum der Wirtschaft sein. Aktuell leben bereits mehr als 65 % der Österreicher in urbanen Räumen und in Städten. Der Zuzug zu den Städten hält nach wie vor an. Städte und Regionen werden daher noch stärker als bisher die Motoren einer nachhaltigen regionalen Entwicklung sein. Daher sind sie auch im hohen Maß gefordert ihren Beitrag zu einem nachhaltigen Wachstum in Österreich zu leisten. Schon seit Jahren beschäftigt sich nun Wels aber auch andere Städte mit dem Thema leerstehende Geschäftsflächen und Gebäude im historischen Stadtkern. Gleichzeitig dominieren aber Einkaufstempel und Fachmarktzentren an der Pheripherie.

Ja ich weiß, Herr GR. Schönberger wird uns jetzt wieder erklären und einen Vortrag halten, dass wir nicht nur die Innenstadt haben. Da haben sie schon Recht, aber wenn wir nach Salzburg, Mailand oder Venedig fahren, sind wir nicht dort um die Wohngebiete anzusehen oder das Industriegebiet. Nein, wir fahren dort hin, von wo aus die Stadt gewachsen ist, in die Altstadt und in die Innenstadt.

Der Österreichische Handelsverband fordert eine Initiative zur einkaufsfreundlichen Stadtentwicklung, damit die Stadtzentren wieder mit Einkaufsstraßen, Märkten und Boutiquen belebt werden anstatt zu veröden. Denn Handel gehört wieder in den Innenstädten angesiedelt und die Sympathisierung des Konsumenten in den Vordergrund gestellt. Der Handelsverband empfiehlt dringend, dass Österreich auf die Fördermittel der EU,

im Speziellen den Jessica-Fonds, zugreifen soll. Damit soll eine Belebung der Zentren der Städte erreicht werden. Die Mittel von Jessica können für viele Dinge verwendet werden, beispielsweise städtische Infrastruktur, historische und kulturelle Stätten mit Nachhaltigkeit, Büroflächen für KMU, zur Verbesserung der Energieeffizienz und vieles mehr.

Aber nicht nur der Handel belebt eine Stadt, dazu brauchen wir auch die Bewohner, die Kultur, die Gastronomie, die Hotellerie, die Schüler, die Kinder, einfach alle, damit die Stadt lebendig bleibt. Städte haben sich in der Zukunft einigen Herausforderungen zu stellen. Globalisierung, Energieknappheit, Migration, demografischer Wandel - um nur einige Dinge zu nennen. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden sind die Städte mit zusätzlichen Anforderungen und finanziellen Belastungen konfrontiert. Daher bemüht sich die EU mit Programmen wie Jessica die Städte zu unterstützen um Projekte voranzutreiben oder sie überhaupt zu ermöglichen.

GR. Markus Wiesinger: Aufgrund der Wortmeldungen merkt man, dass dieses Thema nicht gerade einfach ist und wir wissen, dass Verhandlungen mit der EU sich in die Länge ziehen können und gut vorbereitet werden sollen. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag zu Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Finanzausschuss zuzuweisen.

Der o.a. Geschäftsordnungsantrag von GR. Markus Wiesinger auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 12) an den Finanzausschuss wird

einstimmig angenommen.

11.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Ausleuchtung
des Kaiser-Josef-Platzes zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls
DI-Verf-367-2013

StR. Dr. Rabl: Der gegenständliche Tagesordnungspunkt beschäftigt sich erneut mit dem Themenbereich Kaiser-Josef-Platz und der dort herrschenden subjektiven Sicherheit. Wir meinen, dass eine bessere Ausleuchtung des Kaiser-Josef-Platzes auch dazu beitragen kann verbrechenspräventiv zu wirken. Zu diesem Zweck ist es erforderlich durch die zuständige Stelle am Magistrat zu prüfen, ob es hier noch Bereiche gibt, die mangelhaft ausgeleuchtet sind bzw. ob eine bessere Ausleuchtung zu einer Verbesserung der Sicherheit im Bereich des Kaiser-Josef-Platzes führt. Zu diesem Zweck stellten wir diesen Antrag, da wir der Meinung sind eine bessere Ausleuchtung des Kaiser-Josef-Platzes würde zu einer Prävention im Bereich der Kriminalität führen.

StR. Huber: Mich verwundert dieser Antrag ein wenig, denn schließlich haben wir vor ca. 1,5 Jahren den Kaiser-Josef-Platz auf deine Initiative mit LED-Lampen um 72.000 Euro ausgestattet. Am 31. Oktober 2013 um 16.00 Uhr fand im Rathaus eine gemeinsame Besprechung mit dir, Kollegen Lehner, Oberst Hübner, dem Herrn Bürgermeister, den Proponenten der Initiative rund um den Kaiser-Josef-Platz und Herrn Hippmann statt. Im dazu ausgefertigten Protokoll von Herrn Harald Löschenkohl steht u.a. die weitere Vorgangsweise, wie Streifengänge durch die Polizei, durch die Ordnungswache,

mehr Licht am Kaiser-Josef-Platz usw. Daher frage ich mich - du bist ja auch Beleuchtungsreferent, Innenstadtreferent - wieso stellst du dir selber einen Antrag und machst es nicht einfach? Wir werden dem schon zustimmen, bin aber trotzdem über die Vorgangsweise verwundert.

GR. Wildfellner: Herr Stadtrat Dr. Rabl, sie erklärten zuerst, wir haben am Kaiser-Josef-Platz ein Drogenproblem, ein Vandalenproblem und dergleichen. Jetzt wollen sie eine bessere Ausleuchtung des Kaiser-Josef-Platzes zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Meine Frage: Gibt es jetzt ein Sicherheitsproblem am Kaiser-Josef-Platz oder ist dieser Antrag nur zur Befriedigung des subjektiven Sicherheitsgefühls? Meine zweite Frage betrifft sie als Beleuchtungsreferent: Warum haben sie in ihr Beleuchtungsprogramm diese Punkte nicht aufgenommen?

GR. Weidinger: Dieser Antrag könnte auch innerhalb des DESSI-Prozesses behandelt werden. Wir werden diesem Antrag zustimmen, hoffen aber, dass wir diesen im DESSI-Prozess wiederfinden werden.

StR. Dr. Rabl: Ein paar Klarstellungen sind in diesem Zusammenhang erforderlich. Erstens Besprechung am 31.10.2013: Richtig, es gab diese Besprechung. In dieser wurde beschlossen zu prüfen, ob es derartige Probleme im Bereich des Kaiser-Josef-Platzes gibt. Richtig ist auch, dass ich der zuständige Beleuchtungsreferent bin und als solcher diesen Antrag einbrachte, weil es nichts bringt das Ganze durch Beamte vorbereiten zu lassen, einen Amtsbericht zu erstellen und dann habe ich dafür im Gemeinderat keine Mehrheit. Deswegen gehört aus meiner Sicht der Weg umgekehrt. Zuerst brauchen wir einen Antrag. Wenn dieser vom Gemeinderat angenommen wird, beauftrage ich den zuständigen Beamten die entsprechenden Schritte einzuleiten und diese auch umzusetzen. Das ist eine logische Vorgangsweise. Bei der SPÖ dauert so etwas drei Jahre, bei mir eine Woche. Sie haben also völlig Recht, ich habe etwas getan als zuständiger Referent und ich habe es gleich getan.

Das Zweite betrifft die Frage Umrüstung der LED-Technik - 72.000 Euro. Als ich vor drei Jahren Referent wurde, gab es unverzüglich das Programm Umstellung auf LED-Lampen, welches ich umsetzte. Dabei ging es nur darum die Leuchtmittel auszutauschen. D.h. es wurde keine einzige Lampe neu versetzt, sondern es wurden nur die Glühbirnen herausgeschraubt und durch weniger Strom verbrauchende Glühbirnen ersetzt. Im Rahmen dieser Maßnahmen war es nicht möglich auf diese Probleme einzugehen und eine bessere Beleuchtungssituation zu schaffen. Deswegen ist auch dieser Vorhalt aus meiner Sicht völlig haltlos.

Betreffend subjektives Sicherheitsgefühl, angesprochen durch Kollegin Wildfellner, darf ich sagen, sie hat nur den halben Antrag vorgelesen. Dieser lautet: „ geeignete Maßnahmen zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls bzw. zur Verbrechens- und Drogenprävention“. D.h. es geht nicht nur um eine bessere Ausleuchtung zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls sondern damit auch Verbrechens- und Drogenprävention zu betreiben. Natürlich habe ich das Schlusswort und deshalb kann ich diesen Punkt richtigstellen. Er hat ein bisschen zur Verwirrung unserer Zuseher beigetragen und ich bin daher sehr froh, dass ich dies noch rechtzeitig aufklären konnte.

Wenn ich gefragt werde, warum ich das ins Beleuchtungsprogramm nicht aufgenommen habe, dann ist das falsch. Ich habe es in das Beleuchtungsprogramm aufgenommen unter dem Punkt „Allgemeine Maßnahmen, Sonstiges“. In diesem ist es enthalten

und natürlich auch bedeckt. Sollten sich die Kosten nicht ausgeben, werde ich einen zusätzlichen Antrag stellen und um Erhöhung der Mittel ersuchen. Deswegen dieser heutige Antrag. Diesen kann ich mir ersparen, wenn es im Gemeinderat dafür keine Mehrheit gibt. Deswegen ist immer der erste Schritt zuerst den Gemeinderat fragen, denn ich bin ja nicht die SPÖ, die einfach drüber fährt. Ich möchte zuerst wissen, was dieses Gremium dazu sagt. Habe ich eine Mehrheit, dann mache ich das auch. Wenn ich keine Mehrheit bekomme, akzeptiere ich das. Ein bisschen ungewöhnlich für die SPÖ - nicht für mich.

Bgm. Dr. Koits: Danke für das sehr engagierte Schlusswort, nur erlauben sie mir eine Bemerkung Herr Kollege Dr. Rabl. Wenn ich einen Antrag stelle, muss ich normalerweise auch die Kosten darlegen. Durch die Umstellung entstehen Mehrkosten in der Höhe von 72.000 Euro, das ist im Antrag nicht enthalten. Das gilt nicht nur für sie, Herr Kollege Dr. Rabl, ich habe bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die Fraktionen, wenn sie Initiativanträge stellen, die Kosten und deren Bedeckung anführen sollen.

StR. Dr. Rabl: Herr Bürgermeister, in diesem Zusammenhang eine Ergänzung zu meinem Schlusswort. Es ging lediglich um die Prüfung dieser Maßnahmen, nicht um die Umsetzung. In diesem Antrag steht ausdrücklich - der Magistrat möge prüfen, ob dies möglich ist. Die Prüfung alleine kostet keine 72.000 Euro, erst die Umsetzung des Antrages - das möchte ich betonen. Deswegen ist der Vorwurf mir gegenüber ungerechtfertigt.

Bgm. Dr. Koits: Ich mache ihnen keinen Vorwurf.

Vzbgm. Wimmer: Darf ich eine ergänzende Wortmeldung zum Schlusswort vorbringen, zur Beruhigung des Bürgermeisters und aller anderen anwesenden Personen. Für den Fall von Mehrkosten, die nicht budgetiert sind, bleiben diese Anträge ohnehin beim Finanzreferenten hängen.

Der Initiativantrag (Anlage 13) wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Berichterstatter StR. Walter Zaunmüller

12.)

Ankauf von PC's für die Welser Pflichtschulen
SF-Schu-131-2013

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 05.11.2013:

Der Auftrag zur Lieferung von 241 PC's mit einer Auftragssumme in Höhe von € 90.616,- inkl. MWSt. wird zu den Preisen und Bedingungen gemäß des Rahmenvertrages, GZ: 3401.01265.002.00 an die Firma Raiffeisen Informatik Consulting GmbH, 1020 Wien, Lilienbrunnngasse 7-9, vergeben.

GR. Schatzmann: Es ist beabsichtigt 241 PC's der Marke Lenovo M 82 Power anzukaufen. Wie gesagt, ein Gesamtpreis von 90.616 Euro. In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas weiter ausholen, und zwar werden noch 243 Monitore der Marke Samsung zum Gesamtpreis von 32.076 Euro sowie 64 Beamer der Marke Mitsubishi Elektronik zum Gesamtpreis von 37.059 Euro für alle Welser Pflichtschulen angekauft.

Die Ausschreibung erfolgte über die BBG Bundesbeschaffungsgesellschaft. Den Zuschlag der PC's erhielt die Firma Raiffeisen Informatik Consulting GmbH. in Wien. Den Zuschlag für die Monitore erhielt die Firma Ulbel und Freidorfer GmbH in Graz. Für die Beamer wurde ein Angebot der Firma Technik Design Vertriebs GmbH in Wels und der Firma Hali Büromöbel in Eferding eingeholt. Die Firma Technik Design Vertriebs GmbH erhielt aufgrund des besseren Preises den Zuschlag. Die PC's der Marke Lenovo M 82 Power verfügen über eine Festplatte mit 250 GB sowie 4 GB Arbeitsspeicher. Die Marke Lenovo ist ein PC der Volksrepublik China, die bereits einen Marktanteil von über 16 % inne hat, gleichauf mit der Marke HB. Lenovo übernahm im Mai 2005 die Firma IBM; somit ist eine erstklassige Qualität gewährleistet.

Die Monitore der Firma Samsung mit einer Größe von 21,5 Zoll, d.s. 48 x 27 cm, eignen sich hervorragend für die Arbeit. Die PC's werden mit einem Betriebssystem Windows 07 und dem Office 2013 ausgestattet. Das Betriebssystem Windows 07 und das Office 2013 zu einem Gesamtpreis von 140 Euro ist ebenfalls ein Spitzenangebot. Die Verträge für Service, Austausch der Geräte wurden auf 5 Jahre abgeschlossen. Wichtig ist auch noch zu erwähnen, dass alle unsere Pflichtschulen bereits am Glasfasernetz hängen und mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 die EDV-Verkabelung in allen Klassen-, Gruppen- und Sonderräumen abgeschlossen ist. Jetzt bleibt nur noch zu hoffen, dass das Ziel einer einheitlichen EDV-Ausstattung für alle Pflichtschulen in Wels so schnell als möglich umgesetzt wird.

GR. Hacker: Vorerst möchte ich den zuständigen Referenten und allen Beteiligten hier ein großes Lob aussprechen. Ich gehe davon aus, dass spätestens bis nächstes Semester unsere Kinder und Jugendlichen sich an einem einheitlichen EDV-Standard freuen dürfen. Für die Zukunft unserer Kinder ist es besonders wichtig hier eine attraktive Aus- und Weiterbildungsmöglichkeit zu schaffen und im Hinblick auf ihre Lebensqualität das zu ermöglichen. So stärken wir unsere Kinder und Jugendliche, damit sie sich positiv zu selbstbewussten Menschen entwickeln und ihre berufliche Zukunft bzw. ihren Werdegang erfolgreich bestreiten können. Denn eines ist schon klar, meine lieben Kollegen und Kolleginnen, ich möchte das hier besonders festhalten, unser schnelles Handeln von heute ist die Auswirkung auf morgen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte mich natürlich dem Dank anschließen bei der Fachabteilung des Magistrates, die meiner Ansicht nach hier eine gute Arbeit geleistet hat. Für uns als Stadt ist sehr wichtig eine Infrastruktur im EDV-Bereich zu haben, die den SchülerInnen gute Arbeitsmöglichkeiten bietet. Wissen wir doch, dass mittlerweile die EDV-Anwendung zu den individuellen Soft Skills in der beruflichen Ausbildung dient. Darum ist es meiner Ansicht nach gut und richtig, dass wir gemeinsam im Ausschuss diese Initiative diskutiert und beschlossen haben, weil es letztendlich auch um den Bil-

dungs- und Schulstandort Wels geht, der dadurch eine bessere Infrastruktur und bessere Möglichkeiten für die SchülerInnen bringt.

StR. Zaunmüller: Danke für die lobenden Worte, ich werde selbstverständlich diese Anregungen annehmen und den dafür zuständigen BeamtInnen ein großes Lob aussprechen. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei den PädagogInnen, die jeden Tag sehr engagiert arbeiten, ein herzliches Dankeschön sagen.

Kollegen Schatzmann darf ich ausdrücklich erwähnen, du hast dich mit einem umfangreichen Detailwissen eingelesen, es hat mich wirklich beeindruckt. Dankeschön und ich ersuche um Zustimmung.

Einstimmig angenommen.

Berichterstatter GR. Herbert Pernkopf

13.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Errichtung eines Rad- und Gehweges entlang der Neinergutstraße
zwischen Wimpassing und der Kreuzung Vogelweiderstraße
DI-Verf-361-2013

GR. Pernkopf: Das Thema unseres Initiativantrages geht in Richtung Verkehr. Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beschließen, dass entlang der Neinergutstraße, zwischen Wimpassing und der Kreuzung mit der Vogelweiderstraße ein Rad- und Gehweg errichtet wird. Zur Begründung: Der Stadt Wels ist die Sicherheit ihrer BürgerInnen ein großes Anliegen. Die Welser ÖVP hat bereits in der Gemeinderatsitzung im Februar 2012 auf die notwendige Verbesserung des Rad- und Gehwegnetzes in diesem Bereich der Stadt hingewiesen. Laahen wächst sehr stark und damit ist der Lückenschluss zwischen Wimpassing und Laahen/Kreuzung Oberfeldstraße unbedingt erforderlich. Die Freizeitanlage, das neue Sportzentrum müssen für Fußgänger und Radfahrer gut und sicher erreichbar sein. Egal wo die Straßenführung im Zuge der Abfahrt Wimpassing realisiert wird, dieser von uns geforderte Geh- und Radweg wird unbedingt benötigt. Der Lückenschluss von ca. 600 m ist ein Gebot der Stunde und darf nicht länger aufgeschoben oder verzögert werden. Das Aufstellen von Verkehrsleitpflöcken macht noch keinen Geh- und Radweg. Fahren sie beispielsweise mit einem Kinderwagen in diesem Bereich, sind sie gezwungen wieder auf der Fahrbahn zu gehen, sonst ist dort kein Vorbeikommen möglich.

Der tragische Unfall vor einigen Wochen zeigte, wie gefährlich es dort für Fußgänger und insbesondere für Radfahrer sein kann. Zusammengefasst darf ich alle Fraktionen des Gemeinderates ersuchen unserem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

StR. Kroiß: Danke an die ÖVP-Fraktion für die Unterstützung zur Errichtung diese Geh- und Radweges in der Neinergutstraße, wobei ich es nicht ganz fair finde diesen tödlichen Unfall zu erwähnen. Dieser Unfall wäre auch passiert, wenn es in diesem Bereich

einen Geh- und Radweg gäbe. Aufgrund des Unfallherganges hätte dem Radfahrer auch der Geh- und Radweg nichts genützt.

Bevor wir darüber abstimmen, ob wir tatsächlich einen Geh- und Radweg wollen, sollten wir doch einige offene Fragen klären. Wie du bereits erwähntest, benötigen wir dafür sehr viel Grund, welchen wir nicht haben. Für einen kombinierten Geh- und Radweg benötigen wir mindestens 3 m Breite. Es stellt sich generell die Frage, wie schaut es mit der Verbauung im Bereich der Neinergutstraße aus? Brauchen wir dort zusätzlich noch Abstellplätze? Ist eine neue Straße nördlich der Neinergutstraße geplant? Können wir vielleicht die Neinergutstraße soweit entlasten, dass hier ein Gehsteig genügt oder wird ein Radfahrstreifen benötigt?

Diese Diskussion hatten wir bereits in der Fahrradberatung. Die Radfahrer wollen keinen kombinierten Geh- und Radweg sondern Radfahrstreifen. Es sind viele offene Fragen und ich glaube es ist nicht zielführend, wenn wir uns heute auf einen kombinierten Geh- und Radweg festlegen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Sollten immer wieder solche Anträge in den Gemeinderat eingebracht werden, müssten wir gar nicht mehr in den diversen Unterausschüssen, Ausschüssen und in anderen Gremien darüber diskutieren. Wenn es sozusagen an der Tagesordnung ist hier im Gemeinderat über Dinge zu diskutieren, die wir gemeinsam in anderen Gremien erörtern, können wir uns diese Zusammenkünfte sparen. Wir haben alle einen relativ dichten Terminkalender. Diese Dinge im Gemeinderat zu diskutieren halte ich nicht für sehr sinnvoll, weil meiner Ansicht nach die Vorbesprechungen gerade in der Fahrradberatung einen Sinn haben. Dort sehen wir wo die Arbeitsfelder sind und wo wir gemeinsam Initiativen ergreifen können.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir diese Dinge mit dem Fraktionsobmann der ÖVP, Vzbgm. Lehner, und mit dem Fraktionsobmann der GRÜNEN, GR. Mag. Teubl, diskutiert haben. Wir vereinbarten gemeinsam, diese Dinge herauszulösen und als Einzelanträge in den Gemeinderat zu bringen.

Wir können sehr wohl die Frage der Entwicklung der Stadt Wels als Fahrradstadt diskutieren. Zu diesem Thema beschlossen wir gemeinsam im Gemeinderat einen Antrag, den die SPÖ stellte. Was ist mit diesem Antrag passiert? Ich weiß, der Herr Stadtrat wird uns jetzt mitteilen, dass es ja die Fahrradberatung gibt, aber viele Dinge gehören in Angriff genommen. Darum bin ich dafür diesen Antrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen, da meiner Ansicht nach diese Frage dort diskutiert werden muss.

GR. Josseck-Herd: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag an den zuständigen Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Frau GR. Josseck-Herd auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 15) an den Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Berichterstatterin GR-Brigitte Wartinger

14.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
alternative Variante zum geplanten Autobahnzubringer in Wimpassing
DI-Verf-359-2013

GR. Wartinger: Ganz besonders möchte ich die Bürgerinitiative Wels-Wimpassing begrüßen. Bei diesem Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Stadt Wels beauftragt eine alternative Variante zum derzeit geplanten Autobahnzubringer im Stadtteil Wimpassing zu erarbeiten. Insbesondere die Alternativroute über die Moosbachstraße soll geprüft werden. Parallel dazu soll eine Kostenaufstellung der Alternativroute sowie eine Kostengegenüberstellung aller Routen-Varianten gemacht werden. Die Begründung lautet wie folgt: Die bereits enorm überlastete Albrechtstraße - es fahren jetzt bereits mehr als 11.000 Autos täglich über diese Straße - soll zwischen der Kreuzung Primelstraße und Albrechtstraße um den Kreisverkehr nun auch zu einer Autobahnabfahrt aber auch zu einem Autobahnzubringer werden. Es ist klar, dass zu dem bestehenden umfassenden Verkehrsaufkommen eine enorme Zusatzbelastung kommt. Wir reden nicht nur von der Autobahnzu- oder -abfahrt, es kommt ja auch der Verkehr zum Fußball- und Baseballstadion dazu. Weiters gibt es noch freie Flächen, welche verbaut werden können. Der gesamte Verkehr läuft über diese beiden Straßen.

Nicht zu vergessen ist das neu gebaute Kino, welches für Wels sicherlich eine Bereicherung darstellt. Jedoch für die vorher genannten Straßen ist dies noch mehr Belastung, denn jeder, der in der Neustadt bzw. Vogelweide wohnt, fährt über die Albrechtstraße zum Kino. Wenn wir uns noch vorstellen, dass Firmen entlang der Autobahn gebaut werden, für diese die Autobahnabfahrt benötigt wird, wissen wir, dass viele Lastkraftwagen diese Straßen befahren werden. Lastkraftwagen suchen sich immer gerne Seitenstraßen um Maut zu sparen. Jetzt fahren bereits viele LKW's auf der Salzburger Straße anstatt der schnelleren Autoverbindung von West bis Abfahrt Nord durch bebautes Siedlungsgebiet, da es für sie die preiswertere Variante ist. Bei uns nennt man das Ziel- und Quellverkehr.

Wie eine Grazer Firma durch Messungen und Zählungen bereits bestätigte, ist dieser Bereich jetzt schon überlastet. Ein großer Brennpunkt bei dieser Planung über die Albrecht- bzw. Primelstraße ist die Kreuzung von und zur Unterführung und die Salzburger Straße. Bereits jetzt stehen die Autos bis zum Kreisverkehr des ehemaligen Lieferbetonwerks, und zwar nicht weil die Kreuzung so klein ist, nein, weil es ein Nadelöhr gibt. Dieses Nadelöhr heißt Unterführung und Kreuzung Salzburger Straße.

Ein weiteres Problem ergibt sich durch die ehemals vorhandene Schottergrube. Durch die Erd- bzw. Schotterbewegungen senkt sich seit Jahren immer wieder die Straße von und zur Unterführung. Ich muss dir lieber Gerhard Kroiß sagen, auch deine Vorgänger wissen um dieses Problem und die Sprünge in der Stützmauer.

Aber auch eine Variante an der Kreuzung ist keine wirkliche Lösung. Was wird bei einer Frequenz von 23.000 Autos passieren? Ein paar Punkte: Kreuzungsbereich Albrechtstraße/Primelstraße: Stau bis zum Kreisverkehr ehemaliges Lieferbetonwerk. Ebenfalls

Stau von Autobahnabfahrt und Stau von der Albrechtstraße - Verkehr kommend von Grünbach und Moostal. Wenn sich alles bei der Unterführung und Kreuzung Salzburger Straße staut, ist es egal ob eine Ampel grün zeigt, denn wenn die gegenüberliegende Straße voll ist, kann man nicht fahren. Also was zieht man daraus? Man muss warten und die dahinter stehenden Autos ebenfalls. Die Autos und die Abgase werden immer mehr, der Lärm immer größer. Das Problem ist nicht die Kreuzung, egal ob Kreisverkehr oder Ampelregelung, sondern es ist die Bahnunterführung, wo bereits jetzt bei 11.000 Autos enormer Stau entsteht. Bei 23.000 Autos wird dieser noch mehr sein. Also wohin mit den zusätzlichen Kraftfahrzeugen?

Einzigartig ist auch die Kombination Autoabfahrt bzw. -zufahrt neben einem Fußball- und Baseballstadion. In Wels wird darauf geschaut, dass die Autos durch eine Siedlung fahren. Sie haben hier die Möglichkeit direkt von einem Sportplatz über eine Autobahn-zufahrt nach Hause zu fahren. Schön! Auch alle anderen Projekte, die in Zukunft geplant werden, haben die Autobahnzufahrt oder -abfahrt als Zufahrtsstraße.

Es gibt noch viele Begründungen für eine andere Variante. Wie ich heute vernahm, hat Herr Bürgermeister bereits mit dem Bürgerforum gesprochen. Was mich jedoch wundert Herr Bürgermeister, ist eine Aussage von Donnerstag in der Kronen Zeitung, die ich zitieren darf: „Ich spiele mit den Anrainern kein Spiel mit verdeckten Karten. Sie werden in jeden Schritt eingeweiht.“ Mich verwundert, im gleichen Artikel steht, ich zitiere: „Es kann nicht sein, dass man eine Siedlung entlastet, aber dafür eine andere belastet.“ Also mir ist keine Siedlung in der Moosbachstraße bekannt. Die nächste bewohnte Straße ist ca. 250 – 300 m entfernt. Wir ÖVP-Fraktion fordern daher eine Planung einer alternativen Route, einer einzigen alternativen Route durch nicht bzw. wenig bebautes Gebiet, eine Neuplanung des Zubringers über alternative Routen und eine Kostengegenüberstellung.

Bgm. Dr. Koits: Selbstverständlich werde ich über das von ihnen Vorgetragene mit dem Planungsreferenten als Verantwortlichen für diesen Teil sprechen. Mehr sage ich dazu nicht.

StR. Kroiß: Natürlich sind die Freiheitlichen auch dafür, dass überprüft wird, welche alternativen Möglichkeiten es gibt. Ob wir die Moosbachstraße soweit ausbauen können bzw. wie hoch die Kosten dafür sind. Etwas befremdlich finde ich, liebe Brigitte Wartner, deine Vorgangsweise. Darüber haben wir bereits gesprochen. Es hat Gespräche bei Herrn Bürgermeister gegeben, in denen bereits den Proponenten versprochen wurde, dass diese Möglichkeit geprüft werden soll. D.h. es gibt bereits eine mündliche Zusage. Heute wurde ich bereits zweimal angerufen, und zwar ging es darum, dass mich ein anderer Proponent fragte, ob das mündliche Wort der Stadtsenatsmitglieder nicht mehr zählt? Weil es heute im Gemeinderat einen Antrag der ÖVP gibt und ob die ÖVP das Vertrauen an den eigenen Referenten verloren hat? Eines wollten diese beiden Personen nicht, sie wollten keine politischen Einvernahmen, egal von welcher Partei. Darum ist für mich diese Vorgangsweise nicht in Ordnung. Wenn Gitti, hätten wir vielleicht einen Dreiparteien- oder Vierparteiantrag stellen können. Alle sind sich einig, wir sollten hier die bestmögliche Lösung finden.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die ÖVP-Fraktion steht also hier und bringt einen Antrag ein zum Schutz der Anrainer. Das ist löblich - aber warum müssen diese Anrainer geschützt werden? Weil eine Autobahnabfahrt gebaut wird, die wir nicht brauchen. Das ist die Wahrheit. Dieser Autobahnabfahrt haben sie, meine Damen und Herren, auch zuge-

stimmt. Diese Autobahnabfahrt wurde gegen den Stimmen der GRÜNEN von den anderen Parteien beschlossen und es wurde uns gesagt, sie sei unverzichtbar. Sie sei unverzichtbar deswegen, weil wir ein Betriebsbaugelände schaffen und von diesem Betriebsbaugelände den Schwerverkehr möglichst rasch auf das hochrangige Straßennetz ableiten wollen. Das klingt ja vernünftig. Doch was wir jetzt wissen ist natürlich, dass die Realität eine andere ist. Dass es eine vollwertige Autobahnabfahrt geben wird, die über die Primelstraße durch ein Wohngebiet geführt wird. Wir wissen inzwischen, dass dadurch in der Primelstraße zukünftig 3.700 PKW und 200 – 300 LKW pro Tag durchfahren und die dortigen Anrainer hinter einer 3 m hohen Bretterwand wohnen werden. Das alles ist keine Zukunft, die wirklich rosig erscheint.

Daher sollten wir vielleicht einmal darüber nachdenken, ob wir nicht einen Schritt zurückgehen sollten. Ich glaube nach wie vor, dass wir diese Autobahnabfahrt überhaupt nicht brauchen. O.k. – viele sind anderer Meinung. Aber wenn wir sie wirklich dafür brauchen den Schwerverkehr vom Betriebsbaugelände abzulenken, warum machen wir dann nicht eine Auffahrt, die genau dieses Betriebsbaugelände erschließt und sonst nichts? Warum machen wir nicht eine Auffahrt, welche die Firma Prillinger und vielleicht auch noch das Sportstadion erschließt, aber keine Verbindung schafft zur Albrechtstraße bzw. nur eine Fußgänger- und Radfahrverbindung, damit die sportbegeisterten Jugendlichen sicher und ohne Umwege zur Sportanlage kommen? Was wir nicht brauchen ist eine weitere Zufahrt zu dieser Autobahnauffahrt von der Albrechtstraße oder von der Salzburger Straße. D.h. die GRÜNE-Fraktion schlägt vor, dass wir auch nicht andere Varianten nehmen. Man kann natürlich die Varianten prüfen. Aber es wird im Endeffekt nichts nützen. Wir werden immer durch eine Straße Verkehr erzeugen. Es hat noch keine Straße gegeben, die nicht befahren wurde. Straßen bringen Verkehr – das wissen wir alle. Wenn wir jetzt sagen - die ÖVP: wir wollen eine Alternativroute oder es werden Varianten geprüft, die SPÖ: zusätzlicher Zubringer über die Moosbachstraße, also gleich zwei Straßen, die belastet werden - das alles ist meines Erachtens nicht die Lösung.

Die Lösung kann nur sein diese Auffahrt so zu gestalten, dass sie nicht als vollwertige Auffahrt zu benutzen ist, sondern dass sie direkt den Anschluss zu den neu anzusiedelnden Betrieben schafft, wenn es denn schon sein muss diese Auffahrt überhaupt zu bauen. Das ist unser Vorschlag. Ich denke, auch diese Variante sollte diskutiert werden.

GR. Reindl-Schwaighofer: Mittlerweile gibt es einen relativ hohen Diskussionsprozess mit den Anrainern. Ich möchte mich für die Zustellung des Protokolls der Besprechung bedanken. Besonders gefällt mir, dass den Damen und Herren der Bürgerinitiative klar ist, es ist ein klassisches Thema, bei dem man von einer Partei vereinnahmt werden kann.

Vor der letzten Gemeinderatsitzung gaben wir eine Erklärung ab, dass es für uns wichtig sein wird Alternativen zu prüfen und wir auch die Moosbachstraße als Möglichkeit in Betracht ziehen. Darum ist dieser Antrag überflüssig. In Wirklichkeit ist das Verlangte bereits politischer Wille im Gemeinderat, im Stadtsenat. Es geht nur darum eine Bürgerinitiative parteipolitisch zu vereinnahmen.

In diesem Zusammenhang darf ich noch sagen, dass der Herr Verkehrsstadtrat mir in dieser Frage vorkommt wie das „Sahnehäubchen“. Alle anderen diskutieren und streiten, sind in der Lage zu diesem Thema Initiativen zu ergreifen, zu diskutieren, weil sie von einer Lösung überzeugt sind. Jedoch wo bereits bestimmte Verkehrshäufungspunk-

te sind, werden diese vom Verkehrsstadtrat mit Vorschlägen oder mit Initiativen nicht bedacht. Wir sind uns alle einig, eines der Nadelöhre ist das Gassl-Viadukt. Ist jemanden von ihnen bekannt, was der Verkehrsstadtrat zu diesem Thema sagt? Mir nicht. Es gibt einen zuständigen Verkehrsstadtrat der in Wirklichkeit durch Abwesenheit von Vorschlägen glänzt. Die anderen dürfen die Kohlen aus dem Feuer holen, die anderen dürfen diskutieren und wir stellen uns dann hin und sagen, wir haben es erfunden.

Vzbgm. Lehner: Hier kommt es keinesfalls zu einer Vereinnahmung durch die ÖVP-Fraktion der Anrainer – ganz im Gegenteil. Wir haben ein Thema, zu dem es eine Zusage, eine übereinstimmende Meinung gibt. Es ist wichtig den Gemeinderat damit zu befassen und zu dokumentieren, damit wir alles Versprochene bei einer informellen Besprechung im Rathaus einhalten und damit verdeutlichen wie wichtig es uns ist, für die dortigen Anrainer die bestmögliche Lösung zu finden.

Zu deinem Vorschlag Mag. Teubl hier zu hinterfragen, ob wir diesen Autobahnanschluss überhaupt benötigen oder nicht bin ich als Wirtschaftsreferent wirklich betroffen. Wir mussten hinnehmen, dass es uns wahrscheinlich nicht mehr möglich sein wird am Flugplatz Wels Arbeitsplätze zu schaffen. Wir sind jetzt in der Lage in Oberthan, nördlich der Autobahn, als Stadt Wels Flächen zu erwerben. Ebenso wurden bereits Betriebe gefunden, die sich dort ansiedeln möchten und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Das alles ist uns im Norden der Autobahn nunmehr möglich. Wenn es jetzt heißt, dazu brauchen wir die Autobahnabfahrt nicht, dann bitte fragen wir die Anrainer in der Oberfeldstraße, wie diese derzeit die Verkehrssituation empfinden. Wenn es dort noch zu einem Umgehungsverkehr kommen würde, kollabiert uns die gesamte Oberfeldstraße. Wir brauchen ganz dringend diesen Autobahnanschluss.

Das Gleiche trifft auch auf die südliche Seite zu, wo die Firma Prillinger seit Jahrzehnten nach einer besseren Verkehrsführung ruft. Wo seit Jahrzehnten dokumentiert wird, dass die Situation dort unerträglich ist. Jetzt haben wir eine Lösung für die Firma Prillinger. Jetzt haben wir auch im Süden ein anderes Unternehmen, welches bereit ist zu investieren und wir haben natürlich die Sportanlage.

Es ist wichtig möglichst auf kurzem Weg einerseits mit dem Rad andererseits mit dem Auto auf anderen Routen die Sportler und Zuseher auf den Fußballplatz zu leiten, idealerweise möglichst direkt von der Autobahn und nicht durch das Wohngebiet. Kurze Wege sind wichtig, ebenso der Schutz der Anrainer aber auch eine wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Arbeitsplätze brauchen wir dringend, das zeigt auch die Arbeitslosenstatistik.

Noch einmal – eine Vereinnahmung einer Bürgerinitiative gibt es hier nicht. Hier gibt es nur ein Signal, dass wir die Anliegen sehr ernst nehmen und auch im Gemeinderat aufzeigen. Insbesondere deshalb, weil unsere Gemeinderätin sich besonders engagiert und dort auch Anrainerin ist. Wenn sich jemand in unserer Fraktion besonders für etwas einsetzt, wird dieser auch besonders unterstützt und gefördert. Hier schätzen wir die Eigeninitiative unserer Mandatäre.

GR. Pernkopf: Es ist notwendig einiges klarzustellen. Es geht nicht um Populismus. Wenn BürgerInnen bei einer Entscheidung betroffen sind, wird es wohl legitim sein einen Antrag zu stellen und darüber noch einmal zu diskutieren. Noch dazu, wenn sieben Monate kein Verkehrsausschuss tagt, wo ich als Mitglied des Verkehrsausschusses sehr wohl in der Lage bin mitzusprechen. Wenn Brennpunkte im verkehrstechnischen

Bereich da sind, möchten wir mitreden können. Das ist legitim, deshalb ist der Antrag unserer Gitti Wartinger zu unterstützen.

StR. Dr. Rabl: Zu diesem Tagesordnungspunkt kann man sagen, Gratulation an sie alle, sie haben etwas erreicht, was man nur mit Bürgerbeteiligung erreichen kann, nämlich dass einzementierte Positionen wieder aufgeweicht werden und dass es doch Bewegung gibt in einer Frage, wo man glaubte es gibt keine mehr. Dazu noch einmal herzliche Gratulation!

Die Freiheitliche Fraktion führte in dieser Frage vor ca. zwei Monaten ein Gespräch mit Frau Mag. Herbsthofer. Diese vertrat sehr klar ihren Standpunkt und sagte es wäre ziel führend, wenn hier eine alternative Streckenführung geprüft und auch gewählt sowie die jetzt geplante Streckenführung hintangestellt wird. Ich empfand das Gespräch als sehr positiv und ich habe ihr auch die Unterstützung der Freiheitlichen für diese Position ganz klar zugesagt. Selbstverständlich halten wir uns auch daran. Eine alternative Strecke zu prüfen ist eine Sache, eine alternative Strecke zu bekommen eine ganz andere. D.h. es muss noch sehr viel Arbeit getan werden um diese alternativ geprüfte Strecke, wie die Moosbachstraße, auch tatsächlich umzusetzen. Gefragt ist hier der zuständige Planungsreferent, deswegen kann ich die Kritik der ÖVP an StR. Kroiß nicht wirklich nachvollziehen. Der Planungsreferent ist derjenige, der die Liegenschaften, die Widmung dafür zur Verfügung stellen muss. Vzbgm. Lehner bekam eine große Aufgabe und es wird ihm obliegen, diese auch umzusetzen. Das wird schwierig genug sein. Wie sie alle wissen, gibt es hier Probleme mit einer Grundeigentümerin. Aber wenn man sich bemüht, sind die Probleme nicht unlösbar. Es ist natürlich möglich eine alternative Streckenführung zu machen.

Es gibt eine breite Unterstützung in diesem Gremium für diesen Antrag. Die Bürgerinitiative lässt sich nicht durch irgendwen vereinnahmen. Die betroffene Bevölkerung sagte klar, wir wollen hier eine Änderung, egal wer diese unterstützt, ob das jetzt SPÖ, FPÖ, ÖVP oder auch die GRÜNEN sind. Es geht hier darum eine Position zu verrücken. Wie man aus den Wortmeldungen entnehmen kann, ist dies bereits gelungen. Herzliche Gratulation! Die Freiheitliche Fraktion wird diesen Antrag auf jeden Fall unterstützen.

GR. Wartinger: Danke für die rege Teilnahme und die Wortmeldungen. Zu GR. Mag. Teubl möchte ich sagen, auch diese Variante wäre für mich interessant - eine Abfahrt nur bis zum Stadion. Dadurch ist das Gebiet mit den Ansiedelungen von Firmen erschlossen, aber die Anrainer sind geschützt.

Zu GR. Reindl-Schwaighofer möchte ich erwähnen, ich brachte hier einen Antrag vor mit Fakten und Daten. Es geht mir nicht darum Referenten anzuschwärzen oder irgendwie bloßzustellen. Das tut man nicht. Ich führte nur die Schwachstellen an und erteilte keine Aufträge. Weiters lasse ich mich sicher nicht von einer Bürgerinitiative einvernehmen. Es dauerte fast zwei Jahre bis ein Konsens gefunden wurde um darüber zu sprechen. Seit es die Bürgerinitiative gibt, wird endlich über eine Alternative gesprochen. Ich bitte um Abstimmung.

Der Initiativantrag (Anlage 16) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich denke mir es war relativ leicht diesem Antrag zuzustimmen, weil der Herr Stadtbaudirektor den Auftrag hat diese Agenda als Nummer eins seiner derzeitigen Tätigkeit anzusehen. Weiters erhielt er den Auftrag gemeinsam mit Vzbgm. Lehner, StR. Kroiß und mir auch andere Varianten zu überprüfen und zu bearbeiten, um zu weitergehenden Vorschlägen im Sinne der Anrainer zu kommen.

Berichterstatter GR. Stefan Haböck

15.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erhöhung des Weihnachtzuschusses
DI-Verf-358-2013

Bgm. Dr. Koits: Es gibt hier einen Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wie folgt: Im Zuge der Armutsbekämpfung soll der vorliegende Antrag wie folgt abgeändert werden, dass Unterhaltszahlungen für Minderjährige bei BMS-Empfängern für die Gewährung des Weihnachtzuschusses außer Acht bleiben. Bitte das in die Diskussion miteinzubeziehen.

GR. Haböck: Die ÖVP-Fraktion stellt hier gemäß § 6 Abs.1 GOGGR folgenden Antrag: Der Gemeinderat der Stadt Wels möge den im Gemeinderat vom 07. Juli 1997 beschlossenen Weihnachtzuschuss für einkommensschwache Rentner und Pensionisten, Bezieher laufender Sozialhilfeleistungen einschließlich Pflegekinder, Berufstätige, ausgenommen Lehrlinge oder Auszubildende, Bezieher von Unterhaltsleistungen sowie Personen, die mindestens seit 1. September dieses Jahres vom Arbeitsmarktservice Leistungen beziehen, z.B. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sondernotstandshilfe etc. bzw. Kinderbetreuungsgeld von der OÖ., GKK beziehen, erhöhen. Und zwar statt bisher 102 Euro für Haushalte, bestehend aus einer Person, künftig 150 Euro und statt zuzüglich 51 Euro für jede weitere im Haushalt lebende unterhaltspflichtige Person künftig 75 Euro. Die bestehenden Einkommensobergrenzen sollen beibehalten werden.

Die Begründung ist ganz einfach, der Weihnachtzuschuss wurde seit 1997 nicht mehr erhöht und damit überhaupt nicht an die permanent steigenden Lebenshaltungskosten bzw. Kostenrealitäten angepasst.

GR. Josseck-Herd: Der Weihnachtzuschuss wurde ursprünglich nur für Ausgleichszulagenbezieher eingeführt. 1997 ging man daran auch andere Geringverdiener einzubeziehen und damals wurde der Satz von 102 Euro eingeführt bzw. 51 für jede im Haushalt zusätzlich wohnende Person. Im Jahr 2012 haben 1050 Personen je 102 Euro erhalten, 350 Personen haben als Angehörige, Partner oder Kinder 51 Euro erhalten. Das waren insgesamt 148.800 Euro.

Die geforderte Erhöhung würde bei gleichbleibender Anzahl an Anträgen und Personen insgesamt 58.800 Euro ausmachen. Viel Geld – keine Frage! Aber wenn man bedenkt, dass seit 1997 eine große Preissteigerung zu verzeichnen war, nämlich ungefähr 40 %, dann hatten wir 17 Jahre lang keine Erhöhung. Deshalb kann ich diesen Antrag begrüßen, denn wenn man sich den anspruchsberechtigten Personenkreis anschaut sieht

man, es sind eben diese Ausgleichsrentner, Sozialhilfeempfänger und wirklich Geringverdiener, die mit 852 Euro im Monat auskommen müssen. Wenn eine zweite Person im Haushalt lebt liegt die Einkommensgrenze bei 1.270 Euro.

Es handelt sich hier um Mitbürger, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen bevor sie ihn ausgeben. Die FPÖ-Fraktion ist der Meinung, dass damit diesen Personen wirklich geholfen ist, noch dazu wenn man sich vorstellen kann, dass dieses Weihnachtsgeld ja sowieso für Güter des täglichen Gebrauchs ausgegeben wird. Damit bleibt das Geld in unserer Region.

Die Welser Freiheitlichen unterstützen den Antrag gerne, wird aber genau beobachten wie sich das Land OÖ, besonders der Herr Landeshauptmann als Finanzreferent, bei den zukünftigen Verhandlungen bezüglich Heizkostenzuschuss zu diesem Problem verhalten wird.

StR. Huber: Als Sozialreferentin freut es mich natürlich, dass der Weihnachtzuschuss außer Frage steht, war es doch vor drei Jahren im Zuge des Reformprogramms nicht ganz so umstritten, ob mir nicht alle freiwilligen sozialen Leistungen gekürzt werden sollten. Daher ist es schön, dass es nun einen Antrag gibt den Weihnachtzuschuss zu erhöhen. Der Abänderungsantrag der SPÖ geht in die Richtung, dass im Zuge der Armutsbekämpfung der vorliegende Antrag ausgeweitet werden soll dahingehend, dass Unterhaltszahlungen für Minderjährige bei BMS-Empfängern für die Gewährung des Weihnachtzuschusses außer Acht bleiben. Insbesondere Alleinerziehende mit Anspruch auf bedarfsorientierte Mindestsicherung, die für ihre Kinder Unterhaltszahlungen erhalten, fallen häufig aus diesem Kreis heraus. Lt. einer Schätzung sind hier 70 Personen mit rund 100 Kindern betroffen. Dieser Abänderungsantrag würde Mehrkosten von rund 80.000 Euro ergeben.

Wir befinden uns derzeit bei der Abwicklung des Weihnachtzuschusses und haben bereits 700 Anträge erhalten. Diese Erhöhung und diese kleine Ausweitung des Kreises bedeuten keinen bürokratischen Aufwand. Deshalb schlage ich vor, sich im nächsten Jahr im Sozialausschuss das Thema Weihnachtzuschuss tiefer anzuschauen. Vielleicht gibt es noch einige Dinge, die neu abgehandelt werden sollten. In diesem Sinne gibt es natürlich zu diesem Antrag eine Zustimmung.

GR. Haböck: Danke für die Einstimmigkeit.

Der Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 17) wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 18) wird

einstimmig angenommen.

Berichterstatter GR. Andreas Weidinger

16.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
DESSI-Prozess als Entscheidungshilfe für die Einführung
einer Videoüberwachung
DI-Verf-356-2013

Bgm. Dr. Koits: Auch beim Tagesordnungspunkt 16. gibt es einen Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion mit folgendem Inhalt: Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beschließen, dass die Stadt Wels den DESSI-Prozess als Entscheidungshilfe für die Einführung einer Videoüberwachung und für weitere Maßnahmen zur Verbesserung des allgemeinen Sicherheitsempfindens einführt. Bitte diesen in den Beratungen miteinzubeziehen.

GR. Weidinger: In diesem Tagesordnungspunkt geht es um ein wichtiges Thema der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, nämlich um das Thema Sicherheit für die Menschen in Wels. Sicherheit hat für die Menschen einen sehr hohen Stellenwert und alle politischen Parteien sind hier aufgerufen alles erdenklich Mögliche zu unternehmen, um diesen Stellenwert in der Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Sicherheit geht uns alle an und eine Kommune hat die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Wir müssen uns Gedanken machen, das Thema in ihrer Vielschichtigkeit immer wieder diskutieren und auch die notwendigen Schritte dafür setzen.

Meine Damen und Herren, das Thema Videoüberwachung in der Stadt mit den verschiedensten Sichtweisen ist ein Thema, das ordentlich in ihrer Gesetzmäßigkeit, in ihrem Nutzen für die Steuerzahler in unserer Stadt beleuchtet werden muss. Es ist ein Leichtes mit den Ängsten und Sorgen der Menschen zu spielen. Das gilt für politische Entscheidungsträger und den Journalismus gleichermaßen. Wir müssen Wels als lebens- und liebenswerte Stadt wieder schätzen lernen. Wenn das Gefühl in der Bevölkerung nicht mehr vorhanden ist, müssen wir alle Kräfte bündeln über alle Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten, um den Menschen das Gefühl zu geben, dass die Politik nicht nur streiten sondern auch das tun kann wofür sie gewählt wurde. Nämlich für Wels da zu sein.

Der sog. DESSI-Prozess soll eine Entscheidungshilfe für die Facetten der Sicherheit bieten. DESSI steht für Decision Support on Security Investment und ist ein strukturiertes Verfahren der Entscheidungshilfe bei Investitionen im Sicherheitsbereich. Das Verfahren wurde im Rahmen eines europäischen Forschungsprojektes von einem internationalen Konsortium entwickelt und ist mehrfach in Europa erprobt. Sicherheitsinvestitionen beinhalten immer eine Wahl zwischen verschiedenen Lösungsansätzen. DESSI macht diese Auswahl transparent, in dem es die Art des Sicherheitsproblems und alle alternativen Sicherheitsinvestitionen beschreibt und die Auswirkung anhand verschiedener Dimensionen auswertet. Das heißt nichts anderes als wir haben ein Problem erkannt, wir wollen das Problem lösen, wir wollen dabei aber auch transparent sein.

Was ist der Nutzen dieser Lösung? Was bringt es für die Bevölkerung und der Stadt? Vor allem, was kostet es? Wir wollen damit eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufstellen. Wir wollen Investitionen im Sicherheitsbereich ordentlich diskutieren und selbstverständlich auch bald eine Lösung anbieten. Was wir nicht wollen ist Steuergelder verschwenden und schon gar nicht irgendwelche Entscheidungen hinter verschlossenen Türen treffen. Wir wollen keine politischen Alleingänge, kein Stückwerk sondern ein gemeinsames Auftreten beim Thema Sicherheit bzw. in diesem Fall Videoüberwachung. Wir brauchen, um die Bürger in Sachen Sicherheit zu informieren, eine gute und faire Pressearbeit.

Die ÖVP-Fraktion möchte auch die Menschen, die sich in Bürgerinitiativen versammelt haben, mitnehmen und ihnen die Möglichkeit geben ihre Ängste zu erörtern. Wenn Herr Hippmann von der Bürgerinitiative für einen sicheren Kaiser-Josef-Platz bei diesem DESSI-Prozess mitmacht, könnten wir eine gute Lösung für den Kaiser-Josef-Platz erarbeiten. Gehen wir gemeinsam das Thema Videoüberwachung an. Schauen wir gemeinsam was dieser DESSI-Prozess bringt. Lassen sie nicht zu, dass vielleicht verschiedene politisch ideologische Denkweisen die Sicht auf die Bedürfnisse der Menschen in dieser Stadt verhindern. Ich bin stolz in Wels leben zu dürfen. Lassen wir nicht zu, dass sich die Menschen in Wels unsicher fühlen. Lassen wir nicht zu Behörden, Ämter, einzelne Personen oder die politischen Parteien auszurichten sie seien für eine fehlende Sicherheit schuld oder sie seien die Retter der Nation.

Es soll Schluss sein mit Schuldzuweisungen. Eine Stadt – eine gemeinsame Strategie – ab jetzt! Unterstützen sie diesen Antrag der ÖVP, machen sie daraus einen einstimmigen Antrag und helfen sie mit, Wels ein Stück sicherer zu machen. Die Kosten belaufen sich dafür auf 5.500 Euro.

StR. Kroiß: Wir stellten deswegen diesen Abänderungsantrag, weil wir der Meinung sind, wenn wir schon Geld für diesen DESSI-Prozess ausgeben, dann sollten wir diesen Prozess nicht nur über die Videoüberwachung sondern generell über das allgemeine Sicherheitsempfinden diskutieren; beispielsweise über mehr Beleuchtung, verstärkter Einsatz der Ordnungswache, verstärkter Einsatz der Polizei. Aber wir sollten uns auch überlegen, wenn es Jessica-Förderungsprogramme gibt, ob wir nicht Förderungsmittel anzapfen können, damit die finanzielle Last nicht alleine bei der Stadt Wels bleibt.

Wenn man bedenkt, dass die EU alleine von 2007 bis 2013 ein Schwerpunktprogramm zum Thema Sicherheit veranstaltete und dafür 1,35 Milliarden Euro ausgab, müsste es auch der Stadt Wels möglich sein hier Mittel einzufordern. Es gibt das Sicherheitsforschungsförderungsprogramm Kiras, welches vom BFI gefördert wird. Wer auf dieser Homepage war weiß, es gibt ein Projektvorhaben Tobos, welches sich intensiv mit der Stadt Wels beschäftigt. Topos steht für Topographie (Sicherheit) in Wels, welches sich mit der ganzheitlichen Erfassung der Sicherheitslage in Wels beschäftigt. Es geht darum, dass wir ein Sicherheitskonzept entwickeln sollen, in dem es dem Nutzer möglich ist in Echtzeit auf dieses App zu drücken und zu dokumentieren wie sicher er sich fühlt. D.h. es gäbe eine in Echtzeit zugängliche Sicherheitslandkarte für das Stadtgebiet von Wels. Damit sollen auch noch Hotspots identifiziert, Sicherheitslagebilder entwickelt werden und eine Unterstützung für die Entscheidungsträger zur maßgeblichen Steigerung des Sicherheitsgefühls in Wels sein. Damit soll die Sicherheit in Wels erhöht werden, da auch das Sicherheitsbewusstsein der Welsler Bürger erhöht wird.

Ich bin der Meinung wir sollten diesen DESSI-Prozess mit diesem Topos-Projekt verquicken und entsprechende Förderungstöpfe anzapfen. Das gemeinsam ist der richtige Weg für mehr Sicherheit in Wels. Natürlich werden wir diesem Antrag zustimmen.

Bgm. Dr. Koits: Eine Anregung von mir – wir haben gerade mit der Polizei einen großen Prozess unter dem Titel KOP laufen. Wir sollten nicht doppelgleisig fahren - das eine kann mit dem anderen durchaus abgestimmt werden. Ich halte nicht viel davon, wenn wir hier parallel Dinge durchführen, die sich vielleicht decken.

Dem Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 19) wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 20) wird

einstimmig angenommen.

17.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Beleuchtung des Traunweges von der Osttangente-Traunbrücke
bis zur Höhe Ghegastraße
DI-Verf-357-2013

GR. Weidinger: Wie bekannt ist der Traunweg im innerstädtischen Bereich sehr gut ausgeleuchtet, sodass ein abendlicher Spaziergang oder sportliche Aktivitäten möglich sind. Was bis zur Osttangente sehr gut funktioniert hört plötzlich auf und endet in absoluter Dunkelheit.

Die ÖVP Wels möchte hier den WelserInnen die Möglichkeit bieten die Natur auch in den Abendstunden zu genießen. Ein weiterer Aspekt für die Ausleuchtung ist das Thema Sicherheit. Es wird in den Abendstunden der Traunweg benutzt. Jedoch kommt es doch immer wieder zu Beschwerden über am Gehweg liegende Wurzeln oder Steine, die nicht gesehen werden.

Die ÖVP-Fraktion wird eine Beleuchtungsoffensive starten – diese beginnt am Traunweg. Viele Menschen wohnen in diesem Bereich und würden den Traunweg gerne nutzen, fühlen sich jedoch in der Dunkelheit nicht mehr sicher.

Meine Damen und Herren wir haben es vorhin gehört, es wird viel für die Innenstadt getan und es werden Millionen Euro in die Verschönerung der Innenstadt gesteckt. Wir müssen jedoch aufpassen, dass wir die Stadtteile mit der fehlenden Infrastruktur nicht vernachlässigen. Wenn Herr StR. Dr. Rabl sagt, dass ihm und seiner Partei der Traunweg oder die Traun wichtig ist, dann freue ich mich wenn er auch diesem Antrag zustimmen wird.

Speziell die Pernau bietet mit seiner einzigartigen Natur einen wichtigen Baustein für ein lebens- und liebenswerteres Wels. Die ÖVP-Fraktion zeigt mit der Beleuchtungsoffensive des Traunweges, dass wir die Pernau besser erschließen wollen. So tritt die ÖVP weiterhin für einen Steg über die Traun ein und möchte gerne mit einem Brückenschlag Schleißheim mit dem Stadtteil Pernau verbinden. Viele Menschen würden diesen Steg mit dem Fahrrad überqueren. Das wäre ein Zugang für die GRÜNE-Fraktion. Es geht auch um die Verringerung des CO²-Ausstosses. Wir könnten somit die Pernau „behübschen“ und touristisch mit Schleißheim verbinden.

Uns ist durchaus bewusst, eine Beleuchtung des Traunweges im Bereich Osttangente bis zur Ghegastraße kostet viel Geld, könnte jedoch in zwei- oder drei-Jahrestappen errichtet werden. Selbstverständlich könnten wir auch Gespräche mit den an der Traun angesiedelten Betrieben führen, ob eine finanzielle Beteiligung möglich ist, da wir mit der Beleuchtung auch ihre Betriebe vor Verbrechen schützen. In weiterer Folge könnten wir uns auch vorstellen einen Masterplan für die Attraktivierung der Traun im Bereich der Pernau oder weiter Richtung Westen - Lichtenegg, Noitzmühle – vorstellen. Ich ersuche sie diesem Antrag zuzustimmen, um den Menschen an der Traun das Gefühl zu geben, dass wir sie nicht vergessen haben.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Initiativantrag an den zuständigen Ausschuss zu verweisen, da ein Masterplan für die Traun in ein Gesamtkonzept einfließen soll.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 21) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich bedanke mich für die vielen Beiträge und darf darauf hinweisen, dass wir heute einige wichtige Entscheidungen trafen. Ich stelle fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung kein Einwand erhoben wurde und diese somit als genehmigt gilt. Die Sitzung ist geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: